

b unabhängige **auernstimme**



Startet die Tierwohlinitiative, gibt es Geld für einzelne Kriterien artgerechter Tierhaltung. Bio- und Naturlandbetriebe erfüllen die Kriterien leicht. Aber reicht das?



Die Biobranche ringt um eine neue EU-Ökoverordnung. Ganz neue Anforderungen bringt die fortschreitende Konventionalisierung der Strukturen mit sich.



Ackerbohne gegen Fuchsschwanz lautet eine ungewöhnliche Erfolgsformel für Betriebe zwischen Greening- und Pflanzenschutzauflagen sowie Wirtschaftszwängen.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

WIR HABEN TIERFABRIKEN SATT! DEMO



BERLIN
POTSDAMER PLATZ

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE

17.^{12⁰⁰}JAN. 2015

Wir fahren nach Berlin



Die Seite 3

„Mit Festpreisen gegen hohen Antibiotikaeinsatz“ 3



Agrarpolitik

EU erlaubt Stärkung bäuerlicher Betriebe 4
 Ein Ruck geht durch Deutschlands Ställe 5
 Klimaschutzziele sorgen für Wirbel im Moor 6
 Trinkwasser vor Gülle schützen 10
 Viele Wege und Ziele 16



Milch

Ein goldenes Milchzeitalter 7



Bewegung

Witz und Kreativität gefragt 8
 Mut haben und machen! 19
 Landwirtschaft im Vordergrund 20



Schwerpunkt

Hunger auf Veränderung 11
 Auch der globale Süden hat es satt 11
 Alternativen zur Agrarindustrie: „artgerecht“ oder bio-vegan? 12
 EU-Kanada-Freihandelsabkommen als Wegbereiter 13
 Tierfabriken-Stopp - vor Ort und per Gesetz 13
 Gentechnik-Konzerne reden mit bei EU-Zulassung 14

Märkte

Industrielle Bio-Brütereie 17
 Ackern mit und für die Bohne 18

Weitere Themen

Zu Besuch bei Ottmar Ilchmann und Bärbel Endraß, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Berlin und die Bauern

Am 17. Januar 2015 findet zum fünften Mal die deutschlandweit größte Demo für eine andere Agrarpolitik in Berlin statt. Für viele mag der Titel „Wir haben es satt!“ provokant klingen, aber er spiegelt unsere Beweggründe wieder. Nämlich dass es reicht mit den absurden Plänen, die unsere Regierung in Zusammenarbeit mit der Agrarindustrie für die Landwirtschaft hat. Angefangen von den jährlich fünf Mrd. Euro Fördergeldern, die immer noch nach Betriebsgröße verteilt werden und logischerweise zu 80% bei den Großbetrieben landen, über die Gentechnik, die wir als Bauern und Verbraucher nicht wollen, ein Freihandelsabkommen, das demokratische Strukturen aushebelt und nur einige wenige Gewinner hervorbringt, eine für alle Milchbauern – ob klein oder groß – ruinöse Milchpolitik, eine Exportorientierung der landwirtschaftlichen Produktion, die die Bauern weltweit unter Druck setzt ...

Es reicht mit der Forderung nach immer größer, immer mehr, immer schneller – wir wollen zurück zum menschlichen Maß, bei dem Mensch, Tier und Umwelt im Mittelpunkt stehen und nicht das Kapital und dessen ruinöse Verzinsung. Ein breites Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen fordert das mit uns gemeinsam, weil diese um die Bedeutung der Landwirtschaft wissen. Ohne uns Bauern und Bäuerinnen lässt sich weder Umwelt- noch Trinkwasserschutz oder Tierschutz in der Nutztierhaltung verwirklichen, lässt sich keine Ernährungssouveränität erreichen, lassen sich keine gesunden und nachhaltigen Lebensmittel produzieren. Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass wir Bauern und Bäuerinnen hier nicht nur vorgeschoben werden. Die Agrarpolitik hat Auswirkungen in fast alle Lebensbereiche und bietet für viele Probleme Lösungen an – aber das wird nur mit einer bäuerlichen Landwirtschaft und mit uns Bäuerinnen und Bauern gehen und nicht gegen uns.

Von Seiten der Agrarindustrie und des Bauernverbandes ist immer wieder versucht worden, die „Wir haben es satt“-Bewegung kaputt zu reden. Mittlerweile ist die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ eine der erfolgreichsten in Deutschland geworden. Sie hat in Deutschland eine Diskussion über die Art und den Umfang der Tierhaltung in Gang gebracht, den massiven Artenschwund thematisiert, die Auswirkungen des Freihandelsabkommens insbesondere für den Ernährungsbereich zum Thema gemacht und natürlich die Auswirkungen der Gentechnik auf die Landwirtschaft und die Verbraucher immer wieder in den Fokus gerückt. Aber dennoch stehen wir bei vielen Themen gerade am Anfang der Diskussion und der Veränderung. Die letzte Agrarreform hat leider nur kleine Fortschritte gebracht, was Ökologisierung und gerechtere Verteilung der Gelder angeht. Auf dem Weg zu mehr Tierwohl in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sind noch viele Hürden zu nehmen. Wir müssen immer wieder dagegenhalten, wenn vom Bauernverband und Teilen der Politik gepredigt wird, dass wir mit der industriellen Agrarproduktion den Hunger in der Welt besiegen können.

Für unsere Ziele brauchen wir alle Kräfte und großen Zusammenhalt. Wir können schon erste Erfolge feiern, vieles liegt aber auch noch vor uns. Deshalb ist es wichtig, dass am 17. Januar wieder viele Menschen nach Berlin kommen und sagen, was sie satt haben, aber auch wofür sie stehen!

*Gertraud Gafus und Martin Schulz,
 Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*

„Mit Festpreisen gegen hohen Antibiotikaeinsatz“

Gespräch mit Tierarzt Dr. Andreas Striezel über Wege, den Medikamentenverbrauch zu verringern

Unabhängige Bauernstimme: Sie sind Großtierarzt in Oberfranken in Bayern und Leiter des AK Nutztier der Gesellschaft für Ganzheitliche Tiermedizin e.V.. Wie erleben Sie die öffentliche Diskussion über den Antibiotikaverbrauch in der Nutztierhaltung?

Dr. Andreas Striezel: Die Reaktionen auf die Kritik an der Verwendung großer Mengen antibiotischer Medikamente in der Landwirtschaft sind momentan hauptsächlich durch eine Abwehrhaltung gekennzeichnet. Auch die Tierärzte sind in eine Verteidigungssituation geraten. Da kommen wir nur raus, wenn wir ein Stück weit akzeptieren, dass da ein Problem in der Human- und in der Tiermedizin entstanden ist. Das müssen wir zusammendenken, aber für jeden Bereich eigene politische Lösungen schaffen.

In Frage steht in diesem Zusammenhang immer wieder auch das Dispensierrecht der Tierärzte. Durch eine Abschaffung würde die tierärztliche Betreuung und Verschreibung vom Verkauf der Medikamente getrennt. So könnte doch die derzeitige Praxis durchbrochen werden, in der die Hausapotheke für Tierärzte eine Einnahmequelle darstellt und somit ein wirtschaftliches Interesse am Verkauf besteht?

Das halte ich nicht für die richtige Lösung. Wenn das Dispensierrecht wegfiel, dann würde zum einen die Kontrolle der Abgabemengen für die Tierhaltung und an die Betriebe schwie-



Dr. Andreas Striezel

riger. Zum anderen könnten große Verteilerpraxen, die in großen Mengen Medikamente umsetzen, einfach eine eigene Apotheke gründen. Kleineren Praxen wäre das nicht möglich und es würde eine noch größere Ungleichheit als bisher entstehen. Wir haben jetzt schon eine Quasi-Monopolisierung der Tierarztpraxen. Nur ein Beispiel: Bei den medikamentenintensiven Produktionsrichtungen Geflügel- und Kälbermast sind es jeweils weniger als zehn Praxen, die über 90 % Marktanteil halten. Die regionale, akute Versorgung der Tiere in der Fläche ist z.T. jetzt schon nicht mehr gewährleistet. Außerdem würde die Anwendung von Naturheilverfahren erschwert, wenn die individuelle Behandlung und Herstellung von Homöopathika und Phytotherapeutika nicht mehr möglich wäre.

Wie sieht dann Ihre Idee aus? Wo könnte man ansetzen?

Wir müssen schon die ökonomische Karte ziehen, aber der eigentliche Punkt ist doch, dafür zu sorgen, dass es mit dem Verkauf von Antibiotika nichts zu verdienen gibt und die Tierärzte wieder für ihre Dienstleistungen, d.h. Beratung und Behandlung entlohnt werden. Im Moment haben wir ein Mengenrabattsystem, in dem große Verteilerpraxen die Medikamente zu einem Preis anbieten, zu dem ich nicht mal einkaufen kann. Das führt auf den Betrieben nicht zu einem Anreiz, die Haltungsbedingungen der Tiere zu verbessern und dadurch Krankheiten zu reduzieren. Diese Rahmenbedingungen für einen hohen Medikamenteneinsatz liegen nicht im öffentlichen Interesse, so ist die Einführung von Festpreisen problemlos zu rechtfertigen. Von der Gesellschaft für Ganzheitliche Tiermedizin haben wir Lösungsansätze zur Antibiotikaminimierung vorgeschlagen, die u.a. eine Clearingstelle zur Arzneimittelmarktkontrolle vorsehen.

Das Arzneimittelgesetz (AMG) ist letztes Jahr überarbeitet worden und seit Anfang dieses Jahres in erneuerter Form in Kraft. Als Ziel ist eine Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes festgeschrieben worden. Nun werden tierbezogene Daten zum Einsatz von Antibiotika auf den Betrieben gesammelt

und verglichen. Wie bewerten Sie die Neuerungen?

Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es entsteht etwas mehr Transparenz und ein Handlungsdruck. Allerdings ist es versäumt worden mitzudenken, wie gleichzeitig die Abgangsraten von Tieren in den Beständen oder Organbefunde bei der Schlachtung hinzugezogen und kontrolliert werden können. Wenn im Fokus nur steht, weniger Antibiotika einzusetzen, dann kann das dazu führen, dass verstärkt Verluste bei „unwirtschaftlichen“ Tieren, wie z.B. Jungtieren, in Kauf genommen werden, weil diese nicht mehr behandelt werden. Das wäre tierschutzrelevant. Und grundsätzlich ändert das AMG nichts an dem Verfahren des billigen Medikamentenvertriebs. Aber jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um an weitergehenden Lösungen zu arbeiten, denn das Thema ist in der Diskussion und die Parteien müssen sich positionieren. Wenn sich ernsthaft etwas ändern soll, müssen wir die Landwirtschaft umdenken. Und das kann nur mit Betrieben geschehen, in denen eine artgerechte Haltung, höhere Betreuungsdensität und beste Hygiene gewährleistet sind.

Vielen Dank für das Gespräch! cw

Dispensierrecht

Das tierärztliche Dispensierrecht umfasst die Berechtigung der Tierärzte für von ihnen behandelte Tiere Arzneimittel vom Hersteller oder Großhandel zu beziehen und an den Tierhalter abzugeben sowie im beschränkten Rahmen herzustellen. Das im Arzneimittelgesetz verankerte Recht ist an den Betrieb einer tierärztlichen Hausapotheke gebunden.

Arzneimittelgesetz

Das Arzneimittelgesetz in seiner zum 16. Mal veränderten Form ist ab 1. April 2014 in Kraft getreten. Seitdem müssen Tierhalter halbjährlich Behandlungen mit antibiotisch wirksamen Arzneimitteln melden. An Daten werden erhoben: die Bezeichnung des angewendeten Arzneimittels, die Anzahl und die Art der behandelten Tiere, die Anzahl der Behandlungstage, die insgesamt angewendete Menge von Arzneimitteln, die antibakteriell wirksame Stoffe enthalten. Außerdem sollen für jedes Halbjahr die Anzahl der Tiere der jeweiligen Tierart angegeben werden, die zu Beginn im Betrieb gehalten sowie im Verlauf in den Betrieb aufgenommen oder abgegeben wurden. Aus diesen Daten ermittelt die zuständige Behörde für jedes Halbjahr zunächst die betriebliche und insgesamt die bundesweite Therapiehäufigkeit. Dann werden als zwei Kennzahlen jeweils die Werte veröffentlicht, unter denen 50 Prozent bzw. 75 Prozent aller erfassten halbjährlichen betrieblichen Therapiehäufigkeiten liegen. Tierhalter, deren betriebliche Therapiehäufigkeit oberhalb dieser Werte liegt, müssen sich mit einem Tierarzt beraten, wie die Behandlung mit Antibiotika verringert werden kann.



Übersichtliche, tierärztliche Hausapotheke

Foto: Weißenberg

EU erlaubt Stärkung bäuerlicher Betriebe

Mittlere Betriebe könnten doppelt so hohe Hektarzahung wie Großbetriebe erhalten

Wer trägt Klimaverantwortung?

Mitte Dezember endeten die diesjährigen Klimaverhandlungen der UN in Lima in Peru. Das Ergebnis ist nichts, was sich sehen lassen kann, und trotzdem mehr als erwartet: die Staatenvertreter erarbeiteten Elemente für ein neues Klimaabkommen, das im Jahr 2015 in Paris verabschiedet werden soll.

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer der Organisation Germanwatch sieht starken Handlungs- und Kompromissbedarf: "Nach dieser Klimakonferenz sind die Hausaufgaben für die Regierungen klar: Insbesondere einige Schwellen- und Industrieländer müssen sich aus ihren festgefahrenen Positionen bewegen und die Blockadetechnik aufgeben." Strittig ist vor allem die Rollenverteilung und Verantwortung der Staaten. Wenn nicht ausdrücklich zwischen Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern unterschieden wird, sehen Schwellenländer wie China, Indien, Malaysia oder Argentinien ihre Wirtschaftsentwicklung in Gefahr. Industrieländer wie die USA bestehen auf eine Beteiligung aller Staaten an der Finanzierung des Klimaschutzes. Germanwatch fordert „mehr Klarheit zur Unterstützung der Entwicklungsländer (...) - sowohl beim Einstieg in eine klimafreundliche Wirtschaftsweise als auch zur Absicherung der Verletzlichen, die schon heute die Auswirkungen des Klimawandels spüren.“ cw

Am 17. Januar werden in Berlin wieder einige Tausend Menschen für eine andere Agrarpolitik demonstrieren. „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ist dabei einer der Slogans, die dort lautstark zu hören sein werden, auch ein Stop des Landgrabblings vor allem in Ostdeutschland und die Stärkung vielfältiger bäuerlicher Landwirtschaft statt durchrationalisierter Großbetriebsstrukturen gehört zu den Zielsetzungen der Demonstration.

Aufschlag auf erste Hektar

Die EU-Agrarpolitik bietet den Mitgliedstaaten umfangreiche Möglichkeiten diese Ziele umzusetzen, insbesondere auch bei den Direktzahlungen. Knapp fünf Milliarden Euro dieser Direktzahlungen stellt die EU in den Jahren 2015 bis 2020 jährlich zur „direkten“ Auszahlung an die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bereit. Wie diese Finanzmittel konkret an die Betriebe zugeteilt werden, überlässt die EU sehr weitgehend den Mitgliedstaaten. Das deutsche Umsetzungsgesetz (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz) lässt die Möglichkeiten des EU-Rahmens zur Stärkung bäuerlicher Betriebe jedoch weitgehend ungenutzt. Fol-

gender Vergleich der deutschen Beschlusslage mit dem, was Brüssel ermöglicht, zeigt das. Nach EU-Recht kann Deutschland bis zu 30 Prozent der rund fünf Milliarden Euro Direktzahlungssumme auf die ersten bis zu 46 Hektar je Betrieb umschichten. Das ergäbe laut Bundesregierung einen Zahlungsaufschlag von 184 Euro/Hektar. Beschlossen ist dagegen, dass nur 7 Prozent für einen Aufschlag von höchstens 50 Euro/Hektar genutzt werden. Würde das bundesdeutsche Gesetz geändert und der mögliche Aufschlag von 184 Euro/Hektar eingeführt, dann ergäbe sich allein daraus, dass dann ein 30 Hektar großer Betrieb umgerechnet für jeden einzelnen seiner 30 Hektar 379 Euro an Direktzahlungen erhalten würde (einschließlich dann 110 Euro Basisprämie und 85 Euro/Hektar Greeningprämie). Das ist in der unteren Grafik dargestellt. Gegenüber der Beschlusslage wären das zwar „nur“ 69 Euro je Hektar mehr, aber der Unterschied zu Betrieben mit sehr viel mehr Fläche würde stark erhöht: Betriebe mit 1.000 und mehr Hektar würden auf rund 200 Euro/Hektar absinken.

Würde Deutschland neben diesem „vollen“ Aufschlag auch die ebenfalls von

der EU ermöglichte Obergrenze von 150.000 Euro Basisprämie je Betrieb und Jahr einführen, würde der Zahlungsunterschied zwischen mittleren Betrieben und beispielsweise einem 5.000-Hektar-Betrieb nochmals deutlich erhöht auf rund 260 Euro pro Hektar. Bund und Länder hatten sich darauf geeinigt, mit dem deutschen Gesetz keine Obergrenze einzuführen. Die Ausschöpfung der EU-Möglichkeiten würde die Verhältnisse am landwirtschaftlichen Bodenmarkt umdrehen, insbesondere in Ost- und Norddeutschland, wo kleinere Betriebe mit Großbetrieben um Pachtland konkurrieren. Bisher haben Großbetriebe einen klaren Vorteil, da die nur geringe Abstufung (kleiner Aufschlag) deutlich unter den Kostenvorteilen großer Einheiten liegt. So fördern Direktzahlungen Landkonzentration und benachteiligen bäuerliche Betriebe. Das EU-Recht gibt Deutschland die Instrumente an die Hand, dieses zu ändern.

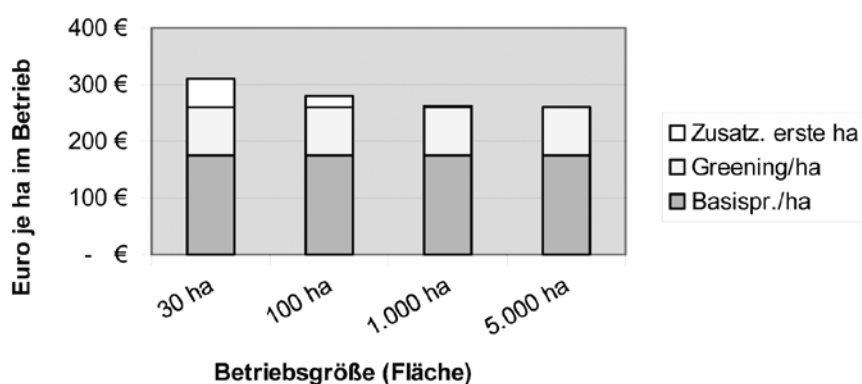
Änderungsbedarf

Für eine Erhöhung des Aufschlags für die ersten Hektare muss das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz geändert werden. Angesichts des langen Vorlaufs, den dieses Gesetz gebraucht hat, mag eine Änderung heute unrealistisch erscheinen. Doch diese Debatte steht spätestens 2017 ohnehin an, wenn um eine höhere Umschichtung in die zweite Säule gesprochen wird, was nicht nur in Landesministerien, sondern hinter vorgehaltener Hand auch im Bundesministerium BMEL erwogen wird. Die EU-Verordnung jedenfalls lässt es zu, dass ein Mitgliedstaat bis zum August eines Jahres beschließt und der EU-Kommission mitteilt, den Aufschlag ab dem dann folgenden Jahr zu erhöhen. Dagegen ist eine nachträgliche Einführung einer Obergrenze für die Basisprämie in der EU-Verordnung bisher nicht angelegt, so dass dafür wohl erst EU-Recht angepasst werden müsste.

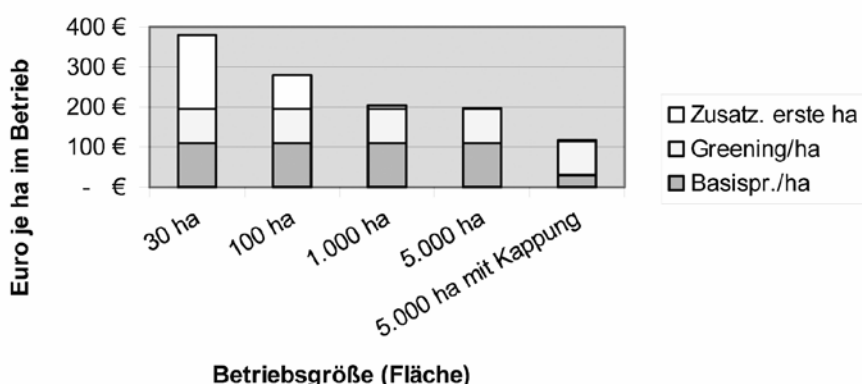
Die bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen zu wollen, haben sich die Bundes-Grünen auf ihrem Parteitag Ende November vorgenommen. Im entsprechenden Beschluss steht: „Wir wollen zunächst alle verbleibenden Spielräume nutzen, um die Vergabe der Agrargelder an ökologische und soziale Kriterien zu binden.“ Das ist wohl auch als Auftrag zu verstehen an die sechs Grünen Landes-AgrarministerInnen. Der CSU im kleinstrukturierten Bayern müsste es auch ein Anliegen sein.

Ulrich Jasper
Geschäftsführer der AbL

Direktzahlungen je ha nach Betriebsgröße - Beschlusslage in DE



Direktzahlungen je ha nach Betriebsgröße - Bei Ausschöpfung der EU-Möglichkeiten in DE



Ein Ruck geht durch Deutschlands Ställe

Die Tierwohlinitiative soll Massentierhaltung salonfähig machen - Strukturelle Fehler bleiben.

Zum ersten Januar startet SIE! Die Tierwohlinitiative. Als branchenübergreifender Ansatz soll sie, so zumindest der Name, mehr Tierwohl in deutschen Ställen möglich machen. Maßgeblicher Mitinitiator ist der Deutsche Bauernverband. Der Verband, der immer behauptet, in den Ställen sei alles in Ordnung. Seine Bauern handeln nach guter fachlicher Praxis. Genau dieser Bauernverband gesteht jetzt mit der Tierwohlinitiative ein, dass eben doch nicht alles zum Besten ist im deutschen Schweinestall. Es war wohl unter anderem der Handel, der genug hatte von immer neuen Skandalberichten aus Ställen, in denen Ferkel totgeschlagen wurden und sich Schweine kannibalisieren. Jetzt wird Geld gesammelt. 4 Cent pro Kilo verkauftem Schweinefleisch zahlt der Handel in den Tierwohlfonds. Anteilig wird auch für Wurst und andere Produkte mit Schweinefleisch eingezahlt. In der Konsequenz könnten im kommenden Jahr 64 Mio. Euro für Haltungsverbesserungen zur Verfügung stehen. Damit das ganze Projekt zum Beginn des kommenden Jahres, pünktlich zur grünen Woche in Berlin, starten kann, mussten die Organisatoren sich sputen. So ist zu erklären, dass die genauen Abläufe noch nicht im letzten Detail verfügbar sind. Voraussichtlich ab dem ersten April sollen sich interessierte Schweinehalter bei der Initiative anmelden können. Falls es mehr Teilnehmer geben sollte, als Geld im Fonds zur Verfügung steht, dann entscheidet der Termin, zu dem der Schweinehalter die von ihm gewählten Kriterien im eigenen Stall umgesetzt hat.

Dreigeteilt

Das System unterscheidet zwischen Sauenhaltung, Ferkelaufzucht und Schweinemast. Aus den Wahlpflichtkriterien 10 Prozent mehr Platz oder unbeschränkter Zugang zu Raufutter muss der Halter eines auswählen. Darüber hinaus können weitere individuell dotierte Kriterien ausgewählt werden. Die höchsten Beträge gibt es für mehr Platz. Bedeutet dieser doch immer eine verringerte Tierzahl und damit eine der entscheidenden Wirtschaftlichkeitsgrößen im System Massentierhaltung.

Guter Indikator

Welches Interesse die Initiatoren der Tierwohlinitiative bei ihrer Erstellung auch verfolgten, die Rangliste der einzelnen Verbesserungen nach ihrer finanziellen Vergütung zeigt, wo die Probleme in der industrialisierten Tierhaltung zu finden sind. Da ist allem voran die Enge. Wenig Platz für's Tier ist die Lösung, damit bei



Aufgepasst Ferkel: Licht, Luft, Spielmaterial, Platz, Schwanz - in der Biohaltung ist alles da, wofür die Tierwohlinitiative Geld gibt
Foto: Menzler/BLE

niedrigen Preisen eine möglichst effektive Auslastung der Ställe noch einen Gewinn erreichbar scheinen lässt. Verwundern kann das nicht, denn der Preisdruck zwingt die Schweinehalter dazu, jeden einzelnen Schritt vor allem unter Kostenaspekten zu betrachten. Betäubungslose Kastration – günstiger. Ganzflächiger Spaltenboden – günstiger. Kein Auslauf – günstiger. Hier soll nun gegengesteuert werden.

Wo bleibt der Ringelschwanz

Kein Symbol ist in der Schweinemast so aussagekräftig wie der Ringelschwanz. Wie fast kein anderes Merkmal steht er für das Wohlbefinden der Tiere, genügend Platz, kein Stress. Dabei sind bisher lange noch nicht alle Faktoren bekannt und auch unter vermeintlich guten Haltungsbedingungen kann das gegenseitige Schwanzbeißen vorkommen. Bei den aktuellen Tierwohlkriterien der Brancheninitiative fehlt der intakte Schwanz als besonderes Kriterium ganz. Nach Auskunft der bei der Qualität und Sicherheit GmbH (QS) für den Bereich Futtermittelwirtschaft und Landwirtschaft Verantwortlichen, Frau Karin Spemann, ist dies den vielen noch offenen Fragen rund um den Ringelschwanz geschuldet. In einem Produktionssystem, bei dem die Ferkel mehrmals in ihrem Leben den Betrieb wechseln, muss sichergestellt sein, so Spemann, dass die Schwänze zu keinem Zeitpunkt zum Problem werden. Auch sei unklar, wie die Bewertung am Schlachthof, nach Zahl der unversehrten Schweineschwänze, objektiv vorgenommen werden könne. Alles Gründe, weshalb der Ringelschwanz frühestens mit einem halben Jahr Verspätung als Wahlkriterium möglich sein wird. Bei der Tierwohlinitiative kann jeder mitmachen, der die Kriterien erfüllen kann. Für

Bio- und für Neulandbetriebe stellen die Kriterien keine Hürde dar. Neuland erfüllt die meisten Kriterien sowieso. Auch für Biobetriebe stellen die Anforderungen keine Herausforderung dar. Trotzdem sollte die Teilnahme wohl überlegt sein. Auf der einen Seite stehen mögliche zusätzliche Einnahmen. 6 Euro je Ferkel im sauenhaltenden Betrieb, 3 Euro pro Tier bei der Ferkelaufzucht und nochmal 9 Euro für das Mastschwein sind möglich. Für Bio- und Neulandbetriebe sind diese 18 Euro ohne große Umbauten zu erreichen. Der Rattenschwanz ist die vorgeschriebene QS-Zertifizierung. Weitere Dokumentation, weiteres Reglement, noch eine weitere Kontrolle. Vor der Verpflichtung, die für drei Jahre gilt, sollte die zusätzliche Schreibtischarbeit kalkuliert werden.

Mit einem Lächeln

Betrachtet man die Entwicklungen mit ein wenig Abstand, könnte man meinen, hier sei ein Stück Geschichte geschrieben worden. Mit den Kriterien der Initiative, die nahezu identisch mit den Anforderungen der meisten Bioverbände sind, konstatiert der DBV, dass diese den anzustrebenden Zustand wiedergeben. Wenn darüber hinaus das Schweinefleisch im Laden um 4 Cent pro kg teurer wird, weil nicht davon auszugehen ist, dass der Handel auf seine Gewinne verzichtet, dann verringert sich der Abstand von konventionellem zu Bio-Schweinefleisch. Dafür steht beim Bio-Schweinefleisch außen drauf, was innen drin ist. Die Branchenlösung verzichtet bewusst auf ein Label und wirft alles in eine Theke. Lassen sich die Verbraucher von diesem „Ein bisschen Tierwohl wäscht die ganze Branche weiß“ täuschen? Wenn nicht, dann gibt es hoffentlich bald mehr Tierwohllabel im Supermarkt und vor allem viel mehr Platz für Schweine. *mm*

Tierhaltungsverbot für Straathof

Ende November haben Behörden in Sachsen-Anhalt gegen den Schweineproduzenten Adrianus Straathof ein Tierhaltungsverbot ausgesprochen. Diese ordnungsrechtliche Verfügung auf Grundlage früherer Kontrollen und diesjährigen Durchsuchungsergebnissen gilt für Straathof persönlich und bundesweit – entfaltet jedoch keine sofortige Wirkung, weil er juristisch dagegen vorgeht. Vorgeworfen werden Straathof langjährige, erhebliche tierenschutzrechtliche Verstöße in den von ihm geführten Betrieben. Schon seit 2013 läuft ein Strafverfahren. Anzeige hatte neben anderen Verbänden auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gestellt. Straathof produziert nach eigenen Angaben aus dem Jahr 2013 an 25 Standorten, in Deutschland insgesamt 1,5 Millionen Ferkel jährlich. Günter Völker, Sauenhalter aus Rheda-Wiedenbrück begrüßt das Vorgehen der Behörden als wichtiges Signal, kommentiert die Auswirkung jedoch nüchtern: „Dem Mann wurde der Führerschein entzogen, nicht das Auto. Der bekommt jetzt einen Fahrer“. Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Till Backhaus hatte sich nach Bekanntwerden des faktischen Berufsverbots für Tierbestandsobergrenzen in der Nutztierhaltung ausgesprochen. AbL Bundesvorsitzender Martin Schulz fordert Backhaus zum Handeln auf, z.B. durch Obergrenzen bei Stallgenehmigungen und Förderungen. *cw*

Klimaschutzziele sorgen für Wirbel im Moor

Niedersächsische Raumordnungspläne berühren Spannungsfelder der Landwirtschaft

Die Lage ist angespannt in Niedersachsen. Im November gingen an verschiedenen Orten LandwirtInnen auf die Straßen, weil sie Moorschutzmaßnahmen befürchten, die ihre Höfe und Flächen bedrohen. In Gnarrenburg, einem kleinen Ort nordöstlich von Bremen, versammelten sich rund 1.000 Bauern und Bäuerinnen, um ihrer Angst und ihrem Ärger Luft zu machen. Der Adressat: Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne). Aufreger ist ein Arbeitspapier aus dem Landwirtschaftsministerium, der erste Entwurf zur Änderung des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP). Zur Integration von Klimaschutzziele sollen „Böden mit hohem Kohlenstoffgehalt (...) in ihrer Funktion als natürliche Speicher für klimarelevante Stoffe erhalten werden“. Zu diesem Zweck sollen „Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung“ ausgewiesen werden. Was in den mehr-

seitigen Begründungen folgt, ist unübersichtlich. Was davon Hintergrund der Moorentwicklung, Abgrenzung und Umgang mit unterschiedlich klimarelevanten Böden oder visionärer Ausblick für den Klimaschutz ist, verschwimmt in der Darstellung und lässt unterschiedliche Schlüsse zu.

Nerv getroffen

Das Landvolk Niedersachsen, der Landesbauernverband, liest „Wiedervernässung“ und spricht seitdem von einer drohenden „schleichenden Enteignung“. Damit ist ein Nerv bei den LandwirtInnen getroffen, deren Höfe ihre Existenz den vor rund 400 Jahren begonnenen und bis in die 1980er Jahre fortgesetzten Anstrengungen zur Kultivierung von Flächen in den ausgedehnten niedersächsischen Mooren und dem ständigen Kampf gegen das Wasser verdanken. Für Johann Steffens aus der Gemeinde Gnarrenburg, selbst

Moorbauer, und seine Mitstreiter der Bürgerinitiative „BI Moorschutz Gnarrenburg“ bedeuten die geplanten Änderungen des LROP ein klares Signal für den Erhalt von Kulturland in den Moorregionen, weil sie den Torfabbau stoppen: „1.500 Hektar sollten hier in der Region noch abgetorft werden, wenn es nach dem Wunsch der Torfindustrie geht.“ Weil Steffens auch die intensive Landnutzung durch Maisanbau für die Milchviehfütterung oder die Biogasgewinnung nicht unkritisch sieht, setzt er sich mit der BI für die Einführung eines Modellvorhabens ein, bei dem extensives Wirtschaften und Vielfalt besonders gefördert werden. Als Anregung dient ihnen ein Projekt des BUND in Süddeutschland: die „Weidewelt Frankenwald“. Über solche Initiativen und Gedanken aus der Landwirtschaft heraus freut sich Dr. Hans-Gerhard Kulp, bei der Biologischen Station Osterholz e.V. zuständig für die Aktion Moorschutz. Denn: „Bisher ist keine sachliche Diskussion möglich. Stattdessen wird mit der Angst der Bauern Politik gemacht; sie werden nicht sachgerecht informiert.“, regt er sich auf. Denn auf private Flächen und deren landwirtschaftliche Bewirtschaftung hat das Raumordnungsrecht, das sich an Behörden und nicht an Personen wendet, keine Wirkung.

Torfabbau im Visier

Das Landwirtschaftsministerium stellt die Zielsetzung der LROP-Änderungen folgendermaßen dar: „Mit der Festlegung solcher Vorranggebiete wären künftig genehmigungspflichtige Maßnahmen und Vorhaben unzulässig, die zu einer beschleunigten und großflächigen Zerstörung der Torfkörper führen (z.B.

Torfabbau oder auch großflächige Bebauung). Es geht um den Erhalt der Flächen und die Beendigung des industriellen Torfabbaus. Ansonsten gingen mehr als 22.000 Hektar landwirtschaftliche Moorflächen durch Abtorfen und Wiedervernässen sowie Ausgleichsflächen verloren“. Einfluss auf die landwirtschaftliche Flächennutzung kann nur durch Förderprogramme für eine extensiver Bewirtschaftung und Moorschutzmaßnahmen entstehen. „Damit diese Botschaft aber ankommt, wollen wir im Zuge der Überarbeitung des LROP-Entwurfs missverständliche Formulierungen verändern und auch den Begriff der Moorentwicklung aus der Bezeichnung der Vorranggebiete streichen“, heißt es aus dem Ministerium.

Beteiligung erwünscht

Stellungnahmen können noch bis Ende des Jahres eingereicht werden, ein Dialogforum mit Vertretern des Berufsstandes aus dem Landvolk, dem Bund Deutscher Milchviehalter und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist geplant. Ottmar Ilchmann, Milchviehalter im ostfriesischen Klostermoor und stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL, stuft den bisherigen Prozess als Chance ein: „Immerhin hat der Aufruhr dafür gesorgt, dass sich die LandwirtInnen engagieren. Jetzt kommt es darauf an, die Möglichkeiten zu nutzen und klare, verständliche Worte zu finden. Wenn Bauern und Bäuerinnen ihre Ideen und Wissen einbringen und den Austausch mit Umweltverbänden suchen, dann kommt da etwas Besseres raus, als wenn nur Behördenvertreter überlegen und nach Lösungen von der Stange suchen.“ *cuw*



Künstlerischer Blick auf den Lebensraum Moor von Fritz Overbeck

Foto: WikipediaCommons

Ein Rechenfehler

Ziegen- und Schafmilchproduzenten haben zu viele BG-Beiträge gezahlt

Es war ein böses Erwachen für viele Milchschafer- und Milchzieghalter, als sie Anfang des Jahres die Beitragsbescheide der Berufsgenossenschaft öffneten. Die Beiträge hatten sich gegenüber dem Vorjahr zum Teil verdoppelt und weitere Erhöhungen wurden für die kommenden Jahre gleich mit angekündigt.

Zuviel Arbeitszeit

Hintergrund der neuen Beitragsberechnung ist die Fusion der ehemals acht regionalen Sozialversicherungsträger und der Sozialversicherung für den Gartenbau zur

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) im Jahr 2013. Im Rahmen dieser Umstrukturierungen waren auch die Berechnungsgrundlagen überarbeitet und angeglichen worden. 3.000 Euro für einen Milchschaferbetrieb mit 18 ha Grünland, 90 Schafen und Hofkäserei: Ein astronomischer Betrag. Stellvertretend für ihre Mitglieder nahm sich die Vereinigung der Schaf- und Ziegenmilcherzeuger (VSZM) und der Verband handwerkliche Milchverarbeitung (VHM) der neuen Beitragssetzung an. Dabei stellte sich heraus, dass der dem

Produktionsverfahren zugrunde gelegte Arbeitszeitbedarf um ein Mehrfaches über den realen Werten vor allem der mittleren Betriebsgrößen lag. Mit der Kritik konfrontiert entgegnete der Vorstandsvorsitzende der SVLFG, Arndt Spahn, dass die Datengrundlage im Bereich der kleinen Milchtiere unbefriedigend sei. Spahn kündigte an, die von der VSZM angeführten Kritikpunkte zu prüfen. Ende Oktober lagen dann die Ergebnisse vor und es stellte sich heraus, dass der Arbeitszeitbedarf bei den Milchschafern und Milchziegen um ca. 60% zu senken und eine gün-

stigere Einstufung in der Degressionstabelle vorzunehmen sei. Die Auswirkungen auf den Gesamtbeitrag der Betriebe sind unterschiedlich, bedeuten aber in vielen Fällen eine Beitragssenkung von über 30 Prozent. Der Vorstand der SVLFG hatte der Vertreterversammlung Ende November empfohlen, diese Satzungsänderung rückwirkend zum 1.1.2013 zu beschließen. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde werden die fehlerhaften Bescheide geändert, zu viel gezahlte Beiträge werden erstattet. Ein Antrag ist dazu nicht notwendig. *mm*

Ein goldenes Milchzeitalter?

Zumindest die EU-Kommission macht sich keine Sorgen um den Milchpreis in der kommenden Dekade

Im September 2014 wurde für Deutschland mit einer Überschreitung der EU-Milchquote um rund 588.000 Tonnen bzw. 1,94 Prozent gerechnet. Damit müssten rund 163 Millionen Euro Superabgabe nach Brüssel abgeführt werden. Vorausgegangen war diesem extremen Produktionsanstieg eine Zeit mit vielen Stallneubauten, offenbar im Vorgriff auf die 2015 fallende Milchkontingentierung. Nach der Aufhebung der Verpflichtung, bei Stallneubauten und Erweiterungen eine adäquate Milchquote vorzuweisen, sind in Deutschland zahlreiche Ställe für bis zu 600 Tiere geplant und gebaut worden. Offenbar liefert zumindest ein Teil dieser Betriebe Milch, ohne diese durch Quoten abgesichert zu haben. In Bezug auf die Finanzierung scheint es unwahrscheinlich, dass das Risiko einer Strafzahlung wegen Überlieferung nicht einkalkuliert wurde. Eventuell haben die Molkereien den Betrieben hinter verschlossenen Türen Sicherheiten gegeben. Hintergrund könnte die zukünftige Strategie der Molkereien und die Sicherung ihrer Rohstoffversorgung mit wenigen großen Betrieben sein. Bei der Finanzierung über Banken wird davon berichtet, dass diese darauf bestehen, dass die neuen Betriebsstrukturen getrennt vom bisherigen Betrieb errichtet werden. Hintergrund dürfte sein, dass so im Falle einer Insolvenz ein Weiterverkauf möglich ist. Immer wieder berichtet wurde auch von Betrieben, vor allem in Norddeutschland, die unmittelbar nach Fertigstellung einen Antrag auf Spiegelung (also Verdopplung z.B. von 600 auf 1.200 Plätze) gestellt haben. Derartige Strukturen werden oftmals erst im nächsten oder übernächsten Jahr zu produzieren beginnen. Auch hier ist davon auszugehen, dass die Abnahme der Milch mit einer Molkerei im Vorfeld abgesprochen wurde.

Wachstum auf Kosten Anderer

Die Entwicklungen zeigen, dass die Molkereien an Konzepten arbeiten, die die Rohstoffversorgung nach dem Quotenende sichern sollen. Gleichzeitig erzeugen Betriebe von 1.200 Tieren in Regionen, in denen die Tierzahl pro Betrieb bisher bei 100 bis 150 Tieren lag, einen enormen Druck auf die Verfügbarkeit von Land und damit auf die Pachtpreise. Hier ist mit einem verschärften Strukturwandel in den kommenden Jahren zu rechnen. Inwieweit

die Molkereien durch Stoppkosten und einen gestaffelten Auszahlungspreis zugunsten großer Betriebe diesen zusätzlich antreiben, bleibt abzuwarten. Schon seit einigen Monaten bewegen sich die Preise nach unten. In Deutschland, wo die Produktion fünf Prozent über dem Vorjahr liegt, fielen sie von 40-42 Cent im Sommer auf aktuell ca.



Für den wachsenden Exportmarkt investiert das Deutsche Milchkontor in neue Milchpulverwerke

Foto: Fertigbeton von Saldern

32 Cent. Die Kosten dagegen liegen bei ca. 45 Cent. Auch in den kommenden Monaten werden die Preise wohl rückläufig sein, räumt Udo Folgart, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands (DBV), ein. Ob die Talfahrt aber nur eine Delle sei oder länger anhalte, ließ der Milchfunktionär offen. Indes fordert er vorsorglich ein „passgenaues Sicherheitsnetz“ auf europäischer Ebene. Dass er selbst so gar nicht von einer Stabilisierung der Milchpreise ausgeht, legt die Aussage nahe, man müsse auch über eine Anpassung des Interventionspreises, derzeit 21 Cent/kg Milch, nachdenken. Über Terminmärkte müssten die Landwirte ihre Produkte, zukünftig auch Milch, absichern. Die Molkereien könnten, so Eckhard Heuser, Geschäftsführer beim MIV, diesbezüglich eine Vermittlerrolle übernehmen. Dass die Absicherung an der Börse aber keinen auskömmlichen Preis garantiert, sondern nur die Möglichkeit eröffnet, eine sichere Kalkula-

tionsgrundlage zu schaffen, bleibt unerwähnt. Glaubt man den Visionären der EU-Kommission, dann ist jede Sorge überflüssig. Milch wird das weiße Gold der nächsten Dekade, so die EU-Marktanalysen. Die Gründe hierfür sind einfach: Die weltweite Nachfrage steigt. Vor allem Chinas Bedarf steigt in den kommenden zehn

Farmers of America (DFA), um ein gemeinsames Milchpulverwerk zu bauen. Aber auch branchenfremde Investoren interessieren sich für Milch. Die australische Milliardärin und Bergbauunternehmerin Gina Rinehart kündigte an, das mehrheitlich von ihr gehaltene Molkereiunternehmen Hope Dairies werde 350 Millionen Euro investieren, um

Jahren auf mehr als das Doppelte. Und während die Exportanteile von Australien am Weltmarkt vollständig wegfallen, steigen die der EU von unter einer halben Million Tonnen im Zeitraum von 2004-2014 auf über 5 Millionen Tonnen Milchäquivalent für 2014-2024. Neuseeland, so die Analyse der Spezialisten, stößt mit seiner Produktion an seine natürlichen Grenzen und in den USA steigt der inländische Verbrauch stark an. Vor diesem Hintergrund wird ein Preis von 3 Euro/Tonne vorhergesagt. Dass der chinesische Markt nahezu sprunghaftes Wachstum verspricht, haben indes auch verschiedene Investoren verstanden. Derzeit sind verschiedene Unternehmen damit befasst, in den wachsenden Markt „Säuglingsnahrung“ einzusteigen. So kooperieren nach Informationen der „China Daily“ die Yili Industrial Group aus der Inneren Mongolei als einer der größten Milchverarbeiter mit der größten US-Milchgenossenschaft, der Dairy

spätestens 2016 Babymilchpulver nach China exportieren zu können.

Die Quote nach der Quote

Obwohl das Ende der Milchquote unmittelbar bevorsteht, gibt es keine offizielle Nachfolgeregelung. Zumindest die Molkereien müssen schon aus Kapazitätsgründen Mengenregelungen andeuten. Die meisten Milchviehhalter in Deutschland wurden von ihren Molkereien bezüglich ihrer zukünftigen Entwicklungspläne und Liefermengen befragt. Derzeit gibt es Aussagen von großen Molkereien wie dem DMK, dass auch zukünftig alle Milch abgeholt wird. Offen bleibt zu welchem Preis dies geschehen wird. Schon jetzt kann durch Stoppkosten und einen gestaffelten Milchpreis, der große Mengen besser stellt, gezielt auf die Struktur der Milchproduzenten eingewirkt werden. Zukünftig könnte es Molkerei-quoten bzw. A- und B-Quoten ähnlich dem System in der Schweiz geben. *mm*

Wiesenhof wieder gentechnikfrei?

„Wir sehen uns in der Lage, in absehbarer Zeit gentechnikfrei zu liefern, wenn das von Kundenseite gewünscht wird“, erklärte ein Sprecher des Geflügelkonzerns Wiesenhof. Das ist der Ausstieg aus dem Ausstieg, den im Februar die beiden großen Verbände ZDG (Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft) und BDE (Bundesverband Deutsches Ei) verkündet hatten. Nach 14 Jahren gentechnikfreier Fütterung meinte ein Großteil der Branche wieder Gentechnik-Soja einsetzen zu müssen. Allerdings fütterten die Deutsche Frühstücksei und Stolle (jetzt Plukon) weiter gentechnikfrei. Auch Rewe und Tegut bekundeten, dass die Eier und das Geflügelfleisch ihrer Eigenmarken gentechnikfrei blieben. Im August zeigte eine Abfrage von Greenpeace, dass die Eierzeugung in Deutschland weitgehend gentechnikfrei erfolgt. Anfang November labelte Edeka in einigen Regionen das Hähnchenfleisch ihrer Eigenmarke „ohne Gentechnik“. Auch bei Stolle hat sich der gentechnikfreie Marktanteil erhöht. Das scheint nun Wiesenhof zu schmerzen. av

Industriellen-Grippe straft Freilandhalter

Alle Jahre wieder macht die asiatische Geflügelgrippe H5N8 den Freilandhaltern von Geflügel das Leben schwer. Ausgebrochen Anfang November in agrarindustriellen Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern und den Niederlanden wurden dort bereits tausende Tiere gekeult. In vielen Landkreisen Norddeutschlands wurden daraufhin Aufstellungsgebote verhängt, mit dramatischen Konsequenzen vor allem für besonders artgerechte Haltungen von Geflügel im Freiland. Begründet wird das von den zuständigen Behörden mit der Ansteckungsgefahr durch ziehende Wildvögel. An dieser Theorie gibt es allerdings seit Jahren Zweifel und die Tatsache, dass auch die diesjährigen Ausbrüche der Grippe in hermetisch abgeriegelten Geflügelställen industrieller Bauart zu verzeichnen waren, entkräften diese nicht gerade. Zwar präsentierte das wissenschaftlich zuständige Friedrich-Löffler-Institut dieses Jahr erstmals eine infizierte wilde Krickente, es ist aber unklar, wo sich der Vogel eigentlich infiziert hat. cs

Neuer AbL-Vorstand gewählt

Auf der jährlichen AbL-Bundesmitgliederversammlung in Altenkirchen wählten die AbLer und AbLerinnen einen neuen Bundesvorstand: die oberbayerische Biobäuerin Gertraud Garfus und der niedersächsische Neuland-Schweinehalter Martin Schulz lösten als Bundesvorsitzende Maria Heubuch und Bernd Voß ab, die sich nicht wieder zur Wahl stellten. Die Mitgliederversammlung verabschiedete die scheidenden Vorstandsmitglieder mit viel Applaus. Auch die Posten des/der zweiten Vorsitzenden wurden mit der Bio-Milchbäuerin Katharina Besier aus Hessen und dem konventionellen Milchbauern und niedersächsischen AbL-Landesvorsitzenden Ottmar Ilchmann neu besetzt. Als weitere Vorstandsmitglieder gewählt wurden: Henrik Maaß, Helmut Precht, Phillip Brändle und Claudia Schievelbein. cs

Witz und Kreativität gefragt

Die AbL in Ostdeutschland und die Kirche als Landbesitzerin

Die Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM) ist – wie viele andere Landeskirchen auch – die größte Grundbesitzerin in der Region: In Thüringen und Teilen von Sachsen und Sachsen-Anhalt gehören ihr ca. 80.000 ha! Als erste Landeskirche in Deutschland hat sie versucht, die Frage, an wen dieses Land zur Bewirtschaftung verpachtet werden soll, von lokalen Befindlichkeiten zu lösen und einen einheitlichen Bewertungsmaßstab für pachtinteressierte Betriebe geschaffen. Nach bestimmten Kriterien werden Punkte vergeben und wer die meisten Punkte erhält, bekommt das Land zugesprochen. So weit, so löblich. Abgesehen davon, dass uns immer wieder Fälle zu Ohren kommen, wo ein Betrieb (häufig eine große Agrarfabrik) doch den Zuschlag erhält, obwohl er eigentlich nur weniger Punkte haben kann als ein anderer (häufig ein Öko-Familienbetrieb), gibt es auch grundsätzliche Kritik unsererseits an dem Punktekatalog an sich. So werden einige sehr wichtige Kriterien gar nicht mit Punkten gewertet, sondern können nur bei Punktegleichstand berücksichtigt werden. Zum Beispiel die Frage der Gentechnikfreiheit: Obwohl die Kirche sich immer wieder gegen die Grüne Gentechnik und für die Bewahrung der Schöpfung ausspricht, ist es egal, ob der Betrieb Gentechnik einsetzt, z.B. im Stall Gensoja verfüttert. Globales Verantwortungsbewusstsein sieht anders aus... Oder aber die Frage des Arbeitskräftebesatzes: Mitgliederschwund und Abwanderung aus dem ländlichen Raum werden ja

auch seitens der Kirche immer wieder beklagt. Also sollte sie doch eigentlich ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Menschen im Dorf arbeiten und sich vor Ort ihre Existenz sichern können. Nun zeigt ja die Erfahrung, dass in einem bäuerlichen Betrieb deutlich mehr Menschen auf der gleichen Fläche wirtschaften als in einer durchrationalisierten Agrarfabrik. Völlig unverständlich ist es deshalb, warum auch dieses Kriterium nicht mit Punkten berücksichtigt wird. Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen, erwähnt seien hier nur die Frage der Existenzneugründungen, der bodengebundenen Tierhaltung und der ökologischen Landwirtschaft. Wir haben unsererseits einen Vorschlag für einen gerechteren Punktekatalog erarbeitet und der Kirche vorgelegt; gerne kann er bei uns angefordert werden.

Viele Fachgespräche

Nun ist der Kirche als großer und alteingesessener Organisation natürlich eine gewisse Schwerfälligkeit zu Eigen, so dass allzu schnelle Änderungen nicht zu erwarten sind. So wurden wir also vor zwei Jahren zur Eröffnung der alljährlichen Herbstsynode zum ersten Mal mit einem Schlepper und einer Handvoll Leuten mit unseren Ideen vorstellig – ohne nennenswerten Erfolg. Als wir zur Eröffnung der letztjährigen Synode 15 Schlepper ankündigten, arrangierte das Landeskirchenamt wenige Tage vorher noch schnell ein hochrangig besetztes Gespräch u.a. mit dem Präses der Synode und Vertretern des Landwirtschaftsausschusses. Nach dem großen Medienecho zur Aktion gab es im Laufe des letzten Jahres immerhin ein ausführliches Fachgespräch zur Frage der Landvergabe an Existenzgründer, zu dem auch Vertreter des Thüringer Bauernverbandes und Bauernbundes geladen waren. Da alle anderen Themen aber leider diskutiert blieben, kamen wir dieses Jahr mit einigen unserer Tiere wieder, um die Frage bildlich zu stellen, wo denn wohl Maria und Josef heute ihr Kindlein betten würden – vielleicht in einem der vielen Megaställe? Das Medienecho war wieder enorm (wir schafften es sogar in die Fernseh- und Radionachrichten), so dass wir sicherlich wieder das eine oder andere Fachgespräch werden führen dürfen. Die dieses Jahr zur Frage der Pachtvergabe eingereichten Anträge an die Synode wurden bis 2016 auf Eis gelegt, dann soll nämlich das gesamte Pachtvergabeverfahren einer Evaluierung unterzogen werden. Bis dahin sind wohl weiter unsere Beharrlichkeit, Witz und Kreativität gefragt.

Reiko Wöllert,
AbL-Thüringen



Alle Jahre wieder vor der Schlosskirche in Erfurt für Kirchenland in Bauernhand

Foto: AbL-Thüringen

Betriebsspiegel:

63 ha, davon
10 ha Weizen,
3 ha Hafer,
4 ha Klee gras,
8 ha Mais,
Rest Dauergrünland
60 Kühe mit weiblicher Nachzucht

Ein bisschen unbehaglich fühlt er sich schon, der Herr Timmermann, Geschäftsführer des Weidemark-Schlachthofes in Sögel, Kreis Emsland. Eine knappe Stunde lang hat Wolfgang Schorlau, Autor aus Stuttgart, Passagen aus seinem Kriminalroman „Am zwölften Tag“ vorgelesen, hat von seinen Recherchen in der Fleischindustrie berichtet und nüch-

tern, aber eindrucksvoll die Zustände geschildert, denen dort die Tiere, aber auch die Menschen, nämlich osteuropäische Arbeiter, ausgesetzt sind. In unserer Region, im Nordwesten Niedersachsens, der Hochburg dieser weltmarktorientierten Billigfleischproduktion, hat sich in den letzten Jahren ein breites Bündnis gebildet: Gewerkschafter, engagierte Katholiken, Erwerbslose, Maststallgegner, Umweltschützer und eben auch Bauern und Bäuerinnen haben Gemeinsamkeiten erkannt und über Demonstrationen, Diskussionen, Veranstaltungen und viele, viele Gespräche zueinander gefunden. Dementsprechend ist auch das Podium zusammengesetzt, das nach der Lesung über das Thema „Billiges Fleisch – wer zahlt den

Preis“ diskutiert: eine Vertreterin des Hilfswerks Misereor, ein AbL-Bauer, ein Mitarbeiter einer gewerkschaftlichen Beratungsstelle für Wanderarbeiter, der Autor, eine Journalistin vom NDR als Moderatorin und eben auch Herr Timmermann, der Vertreter der Schlachtbranche. Zunächst schlägt er sich noch achtbar, aber im Laufe der Diskussion wird doch sehr deutlich, dass die Werkvertragsarbeit vor allem dazu dient, Verantwortung vom Unternehmen abzuwälzen und den schwarzen Peter den Subunternehmern zuzuschieben. Als schließlich der Satz fällt, man wolle die Rumänen und Bulgaren „doch nur an unserem Wohlstand teilhaben lassen“, nachdem vorher ihre krassen Lebens- und Arbeitsbedingungen geschil-

dert wurden, kommt doch große Unruhe unter den ca. 100 Zuhörern im Saal auf. Sowohl das Publikum als auch die Podiumsteilnehmer – bis auf Herrn Timmermann – sind sich einig: Nur ein radikaler Systemwechsel kann die vielen Missstände und Probleme entlang dieser „Wertschöpfungskette“ beheben. Die einzigen, die das nicht wahrhaben wollen, sind leider einige der Landwirtschaftsvertreter im Saal. Ein Milchbauer fühlt sich von der Schilderung der Probleme mit multiresistenten Keimen angegriffen, der Geschäftsführer der örtlichen Fleischerzeugergenossenschaft bietet einem BI-Vertreter sogar eine Wette an: Die Genossen, allesamt Schweine- und Bullenmäster, wollen sich auf Keimbela-stung testen lassen. Wenn die Werte über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen, zahlen sie 500 € an Misereor! Mit Zähnen und Klauen verteidigen sie ein System, das ihnen aktuell Schweinefleischpreise von 1,36 € pro kg und Ferkelpreise von 34 € beschert! Eine Landfrauenvertreterin fühlt sich „in die Enge getrieben.“ Das kann ich gut nachvollziehen, denn viele Bauern befinden sich in einer Sackgasse und rasen auf die Mauer am Ende dieser Gasse zu. Wenn man sie beim Wort nimmt, bedeutet die gesellschaftliche Kritik eine Chance zur Umkehr, aber das haben die meisten Kollegen noch nicht erkannt. Viel Überzeugungsarbeit ist noch zu leisten, um die Bauern aus ihrer Wagenburg wieder in die Mitte der Gesellschaft zu holen, wo sie eigentlich hingehören!

*Ottmar Ilchmann,
Rhauderfehn*

Billiges Fleisch – auf wessen Kosten?

Als das Auto auf die Fähre rollt und die Wasserfläche sich vor uns erstreckt, nur durch eine Kette getrennt, fasst mich seine Hand fest am Ellenbogen an. Er hat Angst und gibt mir zu verstehen, dass ich lieber anhalten soll. Neben mir sitzt der 26-jährige M. Er ist Flüchtling und kommt aus Eritrea. Auf seiner Flucht über das Mittelmeer wäre er fast ertrunken, als das Schiff kenterte und er längere Zeit an ein schwimmendes Teil geklammert auf dem Meer trieb. Er war einer der wenigen, die von der italienischen Küstenwache lebend gerettet werden konnten. Es ist nicht das erste Mal, dass wir zwei mit Auto und Fähre unterwegs sind zur Psychiatrie der Uniklinik. Stück für Stück dringen auf diesen Fahrten seine Erlebnisse nach außen: in der Militärdiktatur Eritreas, auf seiner Flucht durch den Sudan und Libyen, im Mittelmeer. Sie haben ihn krank gemacht. So sehr, dass er derzeit kaum noch in der Lage ist, sein Dasein alleine zu meistern. Fast 100 Flüchtlinge leben seit einiger Zeit in unserer Stadt. Auch wenn jeder von ihnen anders damit zurechtkommt: Viele haben Ähnliches erlebt. Sie flüchten vor Kriegen, Diktatoren, Diskriminierung, vor Hunger und Perspektivlosigkeit. Gemeinsam mit anderen haben wir beschlossen, diesen Menschen zu helfen und sie zu unterstützen. Bei ihren Asylverfahren, beim Lernen der Sprache, bei Arztbesuchen und bei vielem anderen. Die meisten sind Mitte zwanzig – kaum älter als meine Kinder. Manche sind schon jahrelang unterwegs. Sie sind oft angeschlagen, krank und erschöpft von einer unsagbar anstrengenden Flucht. Bei den wenigsten war Deutschland das Ziel. Manche haben schon irgendwo in Afrika oder Südosteuropa als Flüchtling in Lagern und auf der Straße gehaust und sind dann irgendwann weiter geflohen. Dorthin, wo sie annahmen, dass



Es könnten unsere Kinder sein

die Chance auf Frieden und Zukunft besteht. Auch wenn sie dabei den Tod riskieren mussten. Seit wir vor 20 Jahren auf den Hof gekommen sind, begleiten uns Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten. Unser Betrieb liegt nur wenige Kilometer von der Stadt entfernt. Wir haben viele Jahre Erdbeeren angebaut und suchten Leute, um das Unkraut zu hacken und die Beeren zu pflücken. Eine Arbeit, die ohne viele Sprachkenntnisse möglich ist. Das hat sich in den damaligen Flüchtlingsunterkünften herumgesprochen. Ein buntes Weltengemisch auf unseren Äckern und an unserem Tisch. Begegnungen und Bekanntschaften, die wichtig und wertvoll waren und sind. Neben der Arbeit war die Landwirtschaft für viele von ihnen ein Anknüpfungspunkt zu ihrem früheren Leben. So auch für Mehmet, einen jungen kurdischen Schafbauern aus der Türkei. Er hat einige Jahre bei uns auf dem Hof

gelebt. Trotz seiner schlechten Sprachkenntnisse hat er viel erzählt von seinem Zuhause, seiner Heimat, nach der er solches Heimweh hatte und die er wegen der dauernden Gewalt gegen sein Volk verlassen musste. So wie Rasan aus Sri Lanka oder Abdul aus Afghanistan. Sie wollten nie weg von ihrem Zuhause, aber es gab keinen anderen Weg für ihre Zukunft als die Flucht. Heute sind sie hier in Deutschland oder in Frankreich und der Schweiz zu Hause. Sie haben mit viel Anstrengung und Fleiß ein neues Leben begonnen, Existenzen geschaffen und Familien gegründet. Wir haben erlebt, dass das oft sehr schwer war. Und immer wieder hören wir, dass eines der tragenden Dinge war, dass es Einheimische gab und gibt, die sie anerkannt und geschätzt haben und die ihnen das Gefühl gaben, dazuzugehören. Vielleicht sind es auch diese Menschen und Erfahrungen, weshalb es uns jetzt wichtig ist, auf die ankommenden Flücht-

linge zuzugehen und sie nicht allein zu lassen. Ich glaube, es werden noch viele kommen und viele werden hier bleiben, denn ein Zurück ist oft nicht möglich. Und wir sind als reiches Land auch in der Pflicht. Vor unserer Haustür und in den Flüchtlingslagern der Welt. Die Art und Weise, mit der wir bereit sind, die Menschen bei uns aufzunehmen und ihnen die Chance auf Integration und Teilhabe zu geben, wird entscheiden, wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingen kann.

*Bärbel Endraß,
Wangen / Allgäu*

Betriebsspiegel

3.000 Legehennen
8 ha Acker und Grünland,
Erdbeeren und anderes
2 ha Christbäume

Trinkwasser vor Gülle schützen

Die Überarbeitung der Düngeverordnung geht in die letzte Runde

Es muss etwas geschehen. Die Nitratwerte dürfen nicht steigen, müssen runter oder sollen unten bleiben. Was aber in einer Region Deutschlands zum gesundheitsgefährdenden Problem wird, denn zu viel Nitrat im Grund- und damit Trinkwasser ist giftig, ist in anderen Regionen kaum ein Thema. Die Düngung der Felder und Wiesen steht mit der von der EU geforderten Novellierung der Düngeverordnung unter genauer Beobachtung: Wann darf auf die Flächen wie viel wovon gefahren werden? Während Vertreter intensiver Bewirtschaftungsmodelle gerne betonen, dass die aktuelle Regelung völlig ausreichend sei, geht das den Umwelt- und Naturschutzverbänden noch lange nicht weit genug. Die Diskussion hat das Potential, die alten Gräben zwischen den naturzerstörenden Bauern und den weltretenden Ökoaktivisten wieder aufzureißen.

Dünger oder Entsorgung

Auch wenn die einschlägige Presse in den vergangenen Jahren nicht müde wurde, auf den ökonomischen Wert der betriebs-eigenen Dünger (in aller Regel Gülle) hinzuweisen, werden genau diese in den Veredlungsregionen mit Produktionsstätten fast ohne eigene Flächen zum Entsorgungsprodukt. Mit Schiffen könnte man die Gülle nach Ostdeutschland fahren, mit kombinierten LKW Gülle auf dem Hinweg und Getreide auf dem Rückweg transportieren. Schon jetzt gelingt es den Betrieben, ihre Übermengen zu entsorgen. Wohin die stickstoffhaltige Fracht aber geht, kann niemand nachvollziehen. Zukünftige Regelungen, so die Forderung vieler Beobachter, müssen hier Abhilfe schaffen.

Ein Güllekataster mit einem klaren Mengen- und Ortsregister wird gefordert. Schon seit einiger Zeit müssen die Landwirte jährlich eine Nährstoffbilanz erstellen, um sie abzuheften. Die hohen Nährstoffeinträge lassen daran zweifeln, dass immer sinnvoll mit den eigentlich vorhandenen Ergebnissen umgegangen wird. Eine Hoftorbilanz würde es erlauben, die Nährstoffüberschüsse durch Futter-, Dünger- oder Tierzukauf schnell sichtbar werden zu lassen. In der neuen Regelung, hier hat sich der Bauernverband durchgesetzt, wird aber aller Voraussicht nach keine verpflichtende Hoftorbilanz eingeführt. Ganz offen ist deshalb auch, wie mit den Stickstoffüberschüssen der einzelnen Betriebe umgegangen werden soll. Während Umwelt- und Naturschutzverbände eine Begrenzung der zulässigen Überschüsse auf 30 kg N/ha fordern, liegen diese in Regionen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens derzeit bei bis zu 90 kg N/ha. Innerhalb des Bundesumwelt- und des Bundeslandwirtschaftsministeriums wird aktuell offenbar eine Lösung diskutiert, die auf eine Reduktion auf 50 kg N/ha im Jahr 2017 hinauslaufen könnte.

Gesamtmenge deckeln

In der aktuellen Düngeverordnung ist mit 170 kg N/ha und Jahr eine betriebliche Obergrenze für die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft festgelegt. Eine Ausnahme konnte bisher für besonders intensiv bewirtschaftetes Grünland beantragt werden, damit bis zu 230 kg N/ha aus hofeigenen Wirtschaftsdüngern ausgebracht werden konnten. Bei einfachem Wegfall dieser auch als Derogation

bezeichneten Regelung wird befürchtet, dass die intensiv bewirtschafteten Flächen in der Folge um so mehr mineralisch gedüngt würden. Dieses Problem umgehen würde eine Umsetzung der Forderungen aus einem verbandsübergreifenden Naturschutzpapier, das von BUND, Greenpeace, NABU, WWF, dem DNR und der grünen Liga erstellt wurde. Die Verbände fordern darin die Einführung einer generellen Obergrenze von 170 kg N/ha. In Regionen mit erhöhten Nitratwerten soll die Grenze schon bei 130 kg N/ha liegen. Aber auch eine grundsätzliche Diskussion über die aktuelle Düngepraxis könnte hier hilfreich sein. Bei der Kalkulation ist die Ertragsleistung der jeweiligen Fruchtart von zentraler Bedeutung. Wird immer von einem Höchstertag ausgegangen, der aufgrund eines ungünstigen Witterungsverlaufs so wieso nur selten eintritt, liegen die Düngemengen in der Regel zu hoch. In den Niederlanden wird daher der Nährstoffbedarf für eine 10 Prozent unter dem Höchstertag liegende Ernte zugrunde gelegt.

Anlagenverordnung

Bei der auch immer im Zusammenhang mit der Düngeverordnung diskutierten Anlagenverordnung scheint sich eine praktikable Lösung abzuzeichnen. Die einstige Forderung nach einer jährlichen Dichtigkeitsprüfung der Behälter wird in dieser Form offenbar nicht umgesetzt. Denkbar wäre eine einmalige Überprüfung von Altanlagen, die dann, nach eventueller Leckbeseitigung, auch Bestandsschutz hätten. Ungeklärt ist allerdings noch das Prozedere, mit dem die Prüfung stattfinden soll. Leer zu pumpen, mit Wasser zu füllen und eine mögliche Pegelstandveränderung zu dokumentieren scheint sehr aufwendig.

Wasser schützen

Es ist das oberste Ziel der EU, dass die Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt wird. Hierzu zählt auch, dass in Regionen, in denen das Trinkwasser schon jetzt mit Nitrat belastet ist – genannt werden Grenzwerte von 40mg/l – Möglichkeiten geschaffen werden müssen, einen weiteren Eintrag zu unterbinden. Notwendig wäre in diesen Fällen eine zusätzliche Reduktion der Stickstoffübersorgung. Bisher ist unklar, ob das Bundeslandwirtschaftsministerium diese mit in seinen Entwurf übernommen hat. Die neue Regelung könnte noch vor der Weihnachtspause auf den Weg gebracht werden. Welche Änderungen dann noch durch den Bundesrat einfließen können, ist zum aktuellen Zeitpunkt offen.

A380: unsinnig, teuer

Der Bau des umstrittenen Passagierflugzeugs „A380“, vom Airbus-Konzern und vom Hamburger Senat vor einigen Jahren als angebliche Existenzfrage für den Industriestandort Hamburg propagiert, hat laut Medienberichten „bisher nur Geld gekostet“ und wird vielleicht sogar eingestellt. Für diese „Luftnummer“ wurde die teure und unnötige Startbahnverlängerung auf dem Airbusgelände in Hamburg-Neuenfelde gegen den erbitterten Widerstand und auf Kosten der Flächen der Obstbauern im „Alten Land“ durchgedrückt. en



Gezielt düngen, aber nicht entsorgen

Foto: Joskin

Hunger auf Veränderung

Immer mehr Menschen interessieren sich für Lebensmittelerzeugung

Es gehe auch ganz praktisch darum, dass Kinder Pastinaken nicht für eine Sekte hielten, formulierte Mathias Greffrath auf der AbL-Bundesmitgliederversammlung in Altenkirchen zu der Frage, wie Landwirtschaft und Gesellschaft gemeinsam vorangehen könnten. Landwirtschaft; die Frage, wie Lebensmittel erzeugt werden; Tierhaltung; Wir-haben-es-satt, die Wegwerfgesellschaft, ... das alles sei nicht nur eine bloße Zeitgeistererscheinung sondern eine ernstzunehmende Bewegung, „ein Riesenthema“. Das öffentliche Bewusstsein sei da – was fehle, sei eine ernstzunehmende Auseinandersetzung der Politik damit, so Greffrath. Er verglich die Wir-haben-es-satt-Bewegung mit der Anti-Atom-Bewegung, die in den ersten Jahren ähnlich nur in Teilen der Gesellschaft präsent war und schließlich durch die Einrichtung und Arbeit einer Enquetekommission im Bundestag auch von Politik und Wissenschaft anerkannt wurde. Danach, so Greffraths Ansicht, wurde der spätere gesamtgesellschaftliche Atom-Ausstiegskonsens erst möglich. Die Politik zu erreichen, selbst Politiker, die sich bäuerliche Landwirtschaft auf ihre Fahnen schreiben, falle aber schwer, so der Tenor der in Altenkirchen auf dem Podium sitzenden Bauern und Bäuerinnen. Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin aus Schleswig-Holstein, erscheinen die Hürden, die vor einer gesellschaftlich geforderten bäuerlichen Landwirtschaft wirtschaftlich wie auch politisch aufgebaut sind, immens hoch.

Trotzdem gelte es dran zu bleiben, forderte die AbL-Vorsitzende und Almbäuerin Gertraud Garfus. Immer mehr Menschen interessierten sich ernsthaft dafür, wie Tiere gehalten und Lebensmittel erzeugt würden, mit ihnen müsse man gemeinsam Druck machen.

In Bewegung

Ausdruck des Interesses sind auch die scharfen Debatten um die Berichterstattung der Wochenzeitung „Die Zeit“ über den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung und resistente Keime. Die Geister scheiden sich extrem in ihrer Kommentierung der berichteten Umstände und verlieren den differenzierten Blick. Und es geht bereits weiter, mecklenburg-vorpommersche Behörden haben sich getraut, einen der größten agrarindustriellen Tierhalter Europas, den holländischen Schweineimperiumschef Adrianus Straathof mit einem Tierhaltungsverbot zu belegen. Eine Fülle von tierschutzrelevanten Verstößen über einen langen Zeitraum hinweg in einer Dreistigkeit sondergleichen trotz Abmahnungen aufrechtzuerhalten, hat nun zu Konsequenzen geführt. Ohne die Wir-haben-es-satt-Bewegung wäre es vielleicht oder wahrscheinlich bei jenen Abmahnungen geblieben, sobald Straathof auf seinen Investitions- und Arbeitsplatzesatz im strukturschwachen Osten Deutschlands hingewiesen hätte, wer weiß? cs

STOPPT TIERFABRIKEN, GENTECHNIK UND TTIP. FÜR DIE AGRARWENDE!



**BÄUERINNEN UND BAUERN,
KOMMT MIT EUREN
TRAKTOREN NACH BERLIN!**



Auch der globale Süden hat es satt!

Multinationale Konzerne bedrohen Gentechnikfreiheit und traditionelle Saatguterzeugung in Afrika

Nicht nur in Europa ist die Agrarindustrie auf dem Vormarsch und drängt weiter auf die Industrialisierung der Landwirtschaft. Auch im globalen Süden toben die Auseinandersetzungen. Besonders schwer ist Afrika betroffen und der Druck kommt auch oder besonders aus Europa und Deutschland. Die Liste der brennenden Themen, die Afrika betreffen, ist lang. Besonders besorgniserregend sind die Entwicklungen bei der Grünen Gentechnik. Vitamin-A-Banane und Bt-Baumwolle sind hier die größten Probleme. Gerade beim Bt-Baumwollanbau stehen die Zeichen in vielen Ländern Afrikas neuerdings auf Zulassung. Somit droht

Afrika bei Baumwolle einen wichtigen Marketing-Faktor zu verlieren, denn von den großen Baumwollanbaugebieten ist eigentlich nur noch Afrika weitestgehend gentechnikfrei. Die Ängste der Bauern vor dem Verlust von Absatzmärkten und vor neuen Abhängigkeiten sind groß. Neben der Politik sind hier auch die europäischen Verbraucher gefragt. Zu wenige Menschen beschäftigen sich damit, was sie am Körper tragen.

Unabhängige Saatguterzeugung

Die GVO-Frage ist nur ein kleiner Teil der Auseinandersetzungen, die zurzeit permanent, parallel und auf allen Ebe-

nen in Afrika um die Saatgutfrage toben. Der Druck auf die kleinbäuerlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist immens und der Wille der multinationalen Konzerne, ihre Interessen durchzusetzen, ist extrem stark. An den Konflikten um Saatgut wird deutlich: Die afrikanische Landwirtschaft soll mit aller Macht industrialisiert und kapitalisiert werden. Die traditionelle Saatguterzeugung und -verbreitung sowie die Rechte der Produzentinnen stehen dieser „neuen Vision“ für Afrika nur im Weg. Die konkreten Auseinandersetzungen finden momentan auf den regionalen Ebenen ARIPO, OAPI, COMESA, SADC und ECOWAS statt.

Gleichzeitig toben unter anderem in Ghana, Malawi, Mosambik, Südafrika und Tansania nationale Auseinandersetzungen um Saatgutfragen. Von außen verschärfen Organisationen wie AGRA oder Initiativen wie die G8 New Alliance for Food Security and Nutrition (G8NA) die Konflikte. Über die G8NA sind Deutschland und die EU willentlich oder unwillentlich an den meisten dieser Prozesse beteiligt. Ganz direkt und mit voller Wucht hat die EU mit den Economical Partnership Agreements (EPAs), die im Herbst 2014 mit großem Zwang durchgesetzt

Fortsetzung Seite 12

Alternativen zur Agrarindustrie: „artgerecht“ oder bio-vegan?

Auf dem Weg zum Individuellen Ziel können Zweckbündnisse durchaus hilfreich sein

Gegen die agrarindustriellen Auswüchse der letzten Jahrzehnte mit ihren verheerenden Folgen für Mensch, Tier und Umwelt formiert sich seit einigen Jahren eine alternative Agrarbewegung, als deren primäres Leitbild eine ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft mit „artgerechter“ Tierhaltung gilt. Innerhalb wie außerhalb dieser Bewegung mehren sich jedoch inzwischen Stimmen, die zu einer bio-veganen, d. h. gänzlich „nutztierlosen“

Landwirtschaft aufrufen. In der gegenseitigen Betrachtung werden meist nur die Unterschiede dieser beiden alternativen Agraransätze betont. Wichtiger wäre derzeit hingegen eine Besinnung auf Gemeinsamkeiten und mögliche gemeinsame Ansätze.

Tierethische Sichtweise

Während bei der „artgerechten“ Tierhaltung die Tierproduktion und der -konsum nicht grundsätzlich in Frage gestellt

werden, stattdessen immerhin die Art und Weise der Tierhaltung in den Mittelpunkt gerückt wird, greift der bio-vegane Ansatz aus tierethischer Sicht noch tiefer: Da in Ländern wie Deutschland keine tierlichen Produkte mehr für eine vollwertige menschliche Ernährung notwendig sind und da aufgezeigt werden kann, dass eine nachhaltige und ertragreiche Landwirtschaft auch ohne tierliche Düngemittel in vielen Gegenden durchaus möglich ist, wird nicht nur die Tötung von Tieren für die Nahrungsmittelproduktion in Frage gestellt, sondern bereits die kontinuierliche Zucht von Millionen leidensfähiger Lebewesen. Die Frage nach der Art und Weise der Haltung sowie nach weiteren fragwürdigen Begebenheiten, wie z. B. der Tötung männlicher Legehennenküken auch in der Bio-Produktion, ergibt sich aus diesem Blickwinkel erst dadurch, dass Tierproduktion und -konsum nicht generell abgelehnt werden.

Die Gemeinsamkeiten betonen

Oft übersehen werden die Gemeinsamkeiten der ökologisch-bäuerlichen und bio-veganen Landwirtschaft. So etwa die Abkehr vom rein gewinn- und produktivitäts- sowie stark exportorientierten Wirtschaften, die Öffnung für alternative Bewirtschaftungsansätze wie z. B. die Solidarische Landwirtschaft, der Kreislaufgedanke nebst Förderung von Bodenfruchtbarkeit und ausgewogenen Fruchtfolgen sowie die faire Erzeugung regionaler, gesunder und ökologisch nachhaltiger Lebensmittel. Doch wie kann abgesehen von diesen Gemeinsamkeiten mit den divergierenden Ansichten bezüglich der Tierproduktion umgegangen werden? Wenngleich auch ernstzunehmende

tierethische Bedenken bestehen bleiben, kann eine Landwirtschaft, die bestrebt ist, Tieren zumindest ein möglichst leid- und schmerzfreies Leben zu gewährleisten, auch von konsequenten Tierhaltungsgegnern als eine nicht per se abzulehnende Agraralternative betrachtet werden. Dies umso mehr, als dass sich eine flächendeckende „artgerechte“ Tierhaltung nur dann realisieren ließe, wenn der derzeit weit zu hohe Tierkonsum und damit auch die Tierproduktionszahlen drastisch gesenkt würden – eine Erkenntnis, die wiederum auch abseits von Befürworterkreisen einer bio-veganen Landwirtschaft eindringlicher beachtet werden sollte. Für ein gemeinsames Vorgehen gegen die agrarindustriellen Auswüchse der Tierhaltung bietet sich vor diesem Hintergrund vor allem ein Ansatz an: der positiv formulierte Aufruf zu einer stärkeren Berücksichtigung und Förderung pflanzlicher Ernährungsalternativen.

Abschließend

Um das „System Agrarindustrie“ zu überwinden, ist es unabdingbar, sämtliche alternativen Kräfte soweit wie möglich zu bündeln und kompakt für gerechte Bedingungen zur Ausbildung unterschiedlicher alternativer Agraransätze einzutreten. Inwieweit dabei letztlich die Tierproduktion und der -konsum unter das jetzt schon gemeinsam festlegbare und anzustrebende Maß sinken werden, bleibt eine offene, dann aber fairer lösbare Frage weiterer gesellschaftlicher Aushandlung tierethischer Gedanken.

*Konstantinos Tsilimekis,
Leiter des Wissenschaftsressort der
Albert Schweitzer Stiftung*



Bestimmt demonstriert Abl-Bauer Peters wieder mit seinem Trecker in Berlin... Foto: Schievelbein

Fortsetzung von Seite 11

wurden, in die Situation in Afrika eingegriffen. Für viele Staaten Afrikas wird dies eine weitere Marktöffnung bedeuten. Insbesondere der Geflügelsektor kann betroffen sein, denn die westafrikanischen Staaten, die ihre Märkte bisher mit Importverboten geschützt haben, werden diesen Schutz durch Importverbot wohl in ein Zollregime überführen müssen. Dass die Höhe der Zölle ausreichen wird, um

die Märkte zu schützen, muss stark bezweifelt werden. Zwischen all diesen Angriffen, die Landfrage und Landgrabbing wurden noch gar nicht angesprochen, finden sich die afrikanischen Bäuerinnen und Bauern zurzeit wieder.

Eigene Visionen leben können

Sie versuchen weiter ihr Recht auf Nahrung zu erkämpfen, denn häufig ist auch der Hunger noch bittere Realität. Gleichzeitig stehen sie immer wieder auf, um sich für ihre Ernährungs- und

Saatgutsouveränität einzusetzen und ihre Vision einer afrikanischen Landwirtschaft mit Leben zu erfüllen. Klar ist: Sie haben all den Druck von außen und oben satt! Aus deutscher zivilgesellschaftlicher Sicht ist die zentrale Frage, wo bei all diesen Auseinandersetzungen die Bundesregierung mit der G8NA, dem German Food Partnership, den Grünen Innovationszentren und der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ steht. Nicht immer wird klar, wie sich die Bundesregierung mit ihren

verschiedenen Initiativen positioniert, für die Bäuerinnen und Bauern oder für die Agrarindustrie. Aber sie wird sich entscheiden müssen. Am 17. Januar müssen wir die Bundesregierung an diese ausstehende Entscheidung und an die Erwartungen der Bäuerinnen und Bauern des globalen Südens und der Hungernden erinnern.

*Stig Tanzmann,
Referent für Landwirtschaft bei
Brot für die Welt*

EU-Kanada-Freihandelsabkommen als Wegbereiter

Winkt die europäische Politik CETA durch, dann ist TTIP kaum noch zu stoppen

Geschenke kann man sich nie aussuchen: Pünktlich zu seinem sechzigsten Geburtstag erhielt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mehr als eine Million Unterschriften von den Kritikern des geplanten EU-USA-Freihandelsabkommens (TTIP). Die von 320 Organisationen initiierte europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ hatte wenige Tage zuvor die Schwelle von einer Million Unterschriften überschritten, die wichtigste formale Voraussetzung einer erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative. Gerade mal drei Monate ist es her, dass die EU-Kommission diese Bürgerinitiative mit fadenscheinigen Begründungen ablehnte, weshalb die Organisationen die Bürgerinitiative selbst organisierten. Während die Verhandlungen zu TTIP noch in den Kinderschuhen stecken, liegt für CETA, das geplanten Abkommen zwischen der EU und Kanada, seit Herbst 2014 ein fertiger Vertragstext vor, über den die Politik in Europa abstimmen soll. Laut eines Fahrplans des Bundeswirtschaftsministeriums wird sich dieser Prozess noch über das gesamte Jahr 2015 hinziehen. Das CETA-Abkommen wird von Experten als Wegbereiter für TTIP gesehen. CETA

enthält viele Themen, die über Handel weit hinausgehen. Dazu gehören Instrumente wie Investitionsschutz und Regulatorische Kooperation, mit denen Unternehmen künftige Regulierungen verwässern oder abschmettern können. Aber auch Finanzdienstleistungen sollen weiter dereguliert werden, ebenso wie öffentliche Dienste und die öffentliche Beschaffung. Biotechnologie und Arbeitnehmerrechte stehen auf der Liberalisierungsliste und auch Landwirtschaft. In der Landwirtschaft geht es um den Abbau von Standards und um die Beseitigung der letzten wenigen Zölle insbesondere in noch sensiblen und geschützten Bereichen wie Milch und Fleisch. Den Vertragstexten von CETA zufolge soll die EU für hormonfreies Schweinefleisch aus Kanada die zollfreie Importquote von 5.549 Tonnen auf 80.549 Tonnen erhöhen. Somit bedeutet CETA eine Erhöhung um das Fünzfache. Bei hormonfreiem Rindfleisch soll sich die Quote auf mindestens 50.000 Tonnen erhöhen. Die aktuelle länderspezifische Quote liegt für Rindfleisch bei 4.160 Tonnen, also eine Erhöhung um das Zehnfache.

Fortsetzung auf Seite 14



...ebenso wie dieser landwirtschaftliche Nachwuchs

Foto: Schievelbein

Tierfabriken-Stopp – vor Ort und per Gesetz

Es gibt vielfältige Möglichkeiten für Bürgerinitiativen und Kommunen, sich gegen Megaställe zu wehren

Die 250 im bundesweiten Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ verbundenen Bürgerinitiativen und Verbände haben zahlreiche Tierhaltungs-Großanlagen verhindert. Nach Novellierung des Bundesbaugesetzbuchs haben nun auch Kommunen ein Vetorecht, wenn der Antragsteller baurechtlich keine „landwirtschaftliche Privilegierung“ hat, also nicht genügend Futterflächen für 50% seiner Tiere nachweisen kann. Dies gilt für Stallanlagen mit mehr als 1.500 Mast Schweinen, 560 Sauen, 600 Rindern, 30.000 Masthühnern oder 15.000 Legehennen/Puten. Gerade in den westdeutschen, flächenknappen Intensivtierhaltungsregionen wurde so der Stallbau-Boom gebremst. In Ostdeutschland können flächenstarke LPG-Nachfolgebetriebe oder außerlandwirtschaftliche Investoren sich allerdings weiterhin die „landwirtschaftliche Privilegierung“ anheften. Der

Bundestag muss seine Baurechts-Regelung deshalb rasch auf sämtliche Großanlagen ausdehnen!

Geflügel, Schweine, Milchkühe

Während im Verdrängungskampf der Konzerne und Investoren vor allem in Ostdeutschland der Bau riesiger Geflügel- und Schweineanlagen trotz ruinöser Überschussproduktion weitergeht, wollen nach Wegfall der Milchquoten nun auch etliche Milchviehhalter in agrarindustriellen Dimensionen vorstoßen. Viele Milchbauern, die diesen agrarindustriellen Verdrängungsdruck auf Produkt- und Pachtmärkten nicht hinnehmen, beteiligen sich aktiv an Bürgerinitiativen gegen Agrarfabriken und setzen auf eine erzeugerpreisstützende staatliche Angebotsbegrenzung – nach dem Motto: „Klasse statt Masse“, „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Die von der EU verlangten Verbote des Kupierens der Ringelschwänze und Schnabelspitzen, die in

etlichen EU-Ländern längst umgesetzt sind und die in Deutschland durch „Ausnahmeregelungen“ unterlaufen wurden, werden jetzt von Niedersachsen, NRW und Schleswig-Holstein durch Tierschutzpläne mit klaren Fristen umgesetzt. Bei anhaltendem Druck wird sich auch die „Tierschutz-Initiative“ des Bundesagrarministers um konsequente gesetzliche Vorgaben nicht herumdrücken können. Auch die Niederlande und Dänemark setzen auf Tierschutzpläne, so dass es für die deutsche Tierhaltung kaum Wettbewerbsdruck bei den Erzeugerpreisen geben dürfte.

Mit Tierwohl zu mehr Qualität

Im Gegenteil: Durch den mit den Tierschutz- und Umweltvorgaben verbundenen Abbau der Überschüsse ergibt sich die Chance, durch „Klasse statt Masse“ endlich faire Erzeugerpreise für eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung und deren Erzeugnisse zu er-

halten. Einen unabweisbaren gesellschaftlichen Druck schaffen die zunehmenden antibiotikaresistenten Keime (MRSA, ESBL) aus der Tierhaltung, deren Verbreitung laut Bundesamt für Risikobewertung eindeutig von Stallgröße und Art der Tierhaltung abhängig ist. Die „Ärzte-Initiative gegen antibiotikaresistente Keime aus Massentierhaltung“ verweist auf die wachsende Gefahr, dass sich diese Tierhaltungskeime mit den antibiotikaresistenten Keimen aus der Humanmedizin verbinden. Bestandsobergrenzen und eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung sind die wesentlichen Maßnahmen auch gegen diese Gefahr. Bauernhöfe können diese Haltung strukturell viel besser umsetzen als Agrarfabriken.

Eckehard Niemann,
AbL-Vertreter im Netzwerk
„Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Gentechnik-Konzerne reden mit bei EU-Zulassung

Nationale Gentechnik-Anbauverbote durch Kompromiss möglich, aber Flickwerk

Der Anbau von Gentechnik ist jetzt leichter zu verbieten“, so titulieren Zeitungen, nachdem sich VertreterInnen des Europaparlaments, des Ministerrats und der Kommission im Dezember 2014 auf einen Kompromissvorschlag geeinigt hatten. Das Ganze bedarf noch einer formalen Abstimmung, die schon Mitte Januar geplant ist. Der Richtlinientext sieht ein zweistufiges Modell vor, in denen Mitgliedsstaaten den Anbau von Gentechnik verbieten können: Während des Zulassungsverfahrens und nach erfolgter Zulassung. In Phase 1, während des Zu-

lassungsprozesses, können Mitgliedsstaaten fordern, dass ihr Hoheitsgebiet ganz oder teilweise aus der europaweiten Anbauzulassung einer gentechnisch veränderten (GV) Pflanze ausgeschlossen wird. Die Kommission leitet das Anliegen an die anmeldenden Biotech-Unternehmen weiter, die dann dem Ansinnen des Staates nachkommen können. Diese formalisierte Rolle der Konzerne, denen im Zulassungsprozess ein Mitspracherecht eingeräumt wird, ist von der gentechnik-kritischen Bewegung stark kritisiert worden. Die Anbauzulassung erfolgt dann

europaweit, ggf. mit Ausnahme bestimmter Regionen oder Staaten. Nach der Zulassung in Phase 2 gibt es erneut eine Verbotsmöglichkeit. Ursprünglich war vorgesehen, dass nur Staaten, die schon in Phase 1 verboten wollten, aber gescheitert sind, hier erneut aktiv werden können. Diese Kopplung wurde gestrichen. Mitgliedsstaaten können den Anbau einer GV-Pflanze jederzeit verbieten. Sie können auch gleiche Eigenschaften von GV-Pflanzen oder Kulturen (also beispielsweise alle GV-Rapsorten) verbieten. Mögliche Verbotgründe sind

umweltpolitische oder agrarpolitische Ziele, Belange der Raumordnung oder Bodennutzung und sozio-ökonomische Gründe. Leider ist die Forderung, die Anbauverbote auf Basis des Umweltrechts zu erteilen, nicht umgesetzt worden, was das Vorsorgeprinzip gestärkt hätte. Stattdessen wurden sie im Binnenmarktrecht verankert. Viele Kritiker sind der Auffassung, dass die Richtlinie absehbaren Konzernklagen nicht standhalten werden. Vor allem aber darf es, vor dem Hintergrund der Möglichkeit nationaler Verbote, nicht zu einer Flut neuer Zulassungen auf EU-Ebene kommen. Es gilt einen europäischen Flickenteppich zu verhindern. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei zukünftigen Abstimmungen über neue Zulassungen mit einem klaren „Nein“ zu stimmen.

Bundesweite Anbauverbote

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt will „rasch einen nationalen Gesetzesentwurf vorlegen“, um die nationale Umsetzung zu gewährleisten. Offen ist, ob Verbote bundesweit ausgesprochen werden, so wie dies die Agrarministerkonferenz in Potsdam beschlossen hat, oder ob sich Schmidt durchsetzt und jedes Bundesland einzeln Verbote aussprechen muss. Somit wäre ein Flickenteppich auch in Deutschland vorprogrammiert. Gerichtliche Auseinandersetzungen mit Konzernen müssten in diesem Fall die einzelnen Bundesländer führen. Für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung wird der einfachste und kostengünstigste Weg sein, wenn wir den Anbau – wie bisher auch – europaweit verhindern.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft*



Auf der Demo in Berlin werden klare Positionen von der Gesellschaft getragen

Foto: Jasper

Fortsetzung von Seite 13

Diese enormen Quotenerhöhungen sind u.a. damit zu erklären, dass die EU den Import von mit Hormonen gemästetem Fleisch verbietet. Die Erzeugerpreise von Schweinefleisch sind in Kanada deutlich niedriger als in der EU. Die vorhandenen Rindfleisch- und Schweinefleischmengen auf dem EU-Markt üben bereits erheblichen Preisdruck aus, der durch weitere Import-

mengen erhöht würde. Unterschiedliche Standards gibt es bei der Oberflächenbehandlung von Schlachtkörpern. In Kanada ist dafür der Einsatz von Chemie erlaubt, in der EU ist dies aktuell keine übliche Praxis. Aber im Februar 2013 hat die EU den Einsatz von Milchsäure zur Oberflächenbehandlung erlaubt. Durch diesen Standardabbau in der EU ist es kanadischen Exportunternehmen nun möglich, ihre entsprechende Ware in Europa zu verkaufen. Die Schlachtsysteme müssen

dafür nicht gänzlich umgestellt werden. In dem Vertragswerk gibt es keine Hinweise darauf, dass Standards wie Biodiversität, gentechnikfreie Erzeugung, standortangepasste Sorten, ressourcenschonende landwirtschaftliche Systeme oder artgerechte Tierhaltung geschützt oder gestärkt werden sollen. Die industrielle Landwirtschaft soll weiter gefördert werden. Davon profitieren Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb sammelt die Europäische Bürgerinitiative weiter Unterschriften ge-

gen diese Handelsabkommen. Die Zahl der Gegner wächst täglich!

*Berit Thomsen,
ABL- Internationale Agrarpolitik*

Eine umfassendere Analyse bietet die Infobroschüre „Was steckt im EU-Kanada-Freihandelsabkommen (CETA)?“, Deutsche Zusammenfassung von „Making Sense of CETA“, November 2014: www.abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/materialien

Erst reden, dann zahlen – oder nicht?

Der EUGH muss klären, ob die gezielte Auskunftsabfrage zum Prozedere der Nachbaugebührenerhebung gehört

Mit Marthe und Finita, einer Sommer- und einer Wintergerstensorte, wird sich im nächsten Jahr der Europäische Gerichtshof (EUGH) beschäftigen. Dass er das möglichst in einer mündlichen Verhandlung tut, haben die Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) jetzt beantragt. Aber der Reihe nach: Der von den IGN-Anwälten vertretene landwirtschaftliche Betrieb hat eigenes Erntegut der Gerstensorten Marthe und Finita aufbereiten lassen und im nächsten Jahr wieder ausgesät. Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) hat durch eine ein Jahr später erfolgte Abfrage beim Aufbereiter entsprechende Informationen erhalten, die ihr dann wiederum ein qualifiziertes Auskunftersuchen bei dem landwirtschaftlichen Betrieb ermöglicht hätten: Die Aufbereiterrechnung wies ihn als Auftraggeber für die Aufbereitung der beiden Gerstensorten aus. Der Haken an der Sache ist nur, dass die STV mit ihrem Auskunftersuchen zu spät dran gewesen wäre: Das Wirtschaftsjahr, das, so eine frühere Gerichtsentscheidung, als Frist gilt, innerhalb derer das Auskunftersuchen von den Pflanzenzüchtern an die Bauern und Bäuerinnen gerichtet werden muss, war nämlich um. Die STV als Vollstreckerin der Pflanzenzüchter in Sachen Nachbaugebühren will sich aber offenbar nicht damit abfinden, in solchen Fällen keine Handhabe zu haben und entwickelte nun eine eigene Argumentationslinie: Bauern und Bäuerinnen hätten die Verpflichtung, unabhängig von einem Auskunftersuchen durch die Pflanzenzüchter im Falle des Nachbaus unaufgefordert die fälligen Nachbaugebühren zu entrichten. Die Höhe könnten sie selbst ausrechnen, schließlich sei ihnen die Höhe der Z-Lizenzen bekannt, von denen sie 50 % an die Züchter überweisen müssten, sobald die Aussaat ihres Nachbausaatgutes abgeschlossen sei. Es gebe auch eine Verpflichtung, den Sortenschutzinhaber um Erlaubnis für den Nachbau zu fragen, auch das sei in diesem Fall nicht geschehen, deshalb stelle er eine Sortenschutzverletzung dar. Die STV verklagte also jenen Anbauer von Marthe und Finita auf Schadensersatz.

Landgericht skeptisch

Das zunächst damit befasste erstinstanzliche Landgericht in Mannheim folgte der Argumentation der STV nicht, sondern äußerte Bedenken unter anderem im Hinblick auf die alte Entscheidung des EUGH, die explizit die Verpflichtung der Pflanzenzüchter zu einem qualifizierten Auskunftersuchen (Anfrage mit Nennung von Anhalts-

punkten durch die Züchter für die Verwendung im bäuerlichen Betrieb) festgeschrieben hatte. Außerdem sahen die Mannheimer Richter es als nicht in der Verordnung festgelegt an, dass bereits der Zeitpunkt der Aussaat den Aussäenden zur Zahlung verpflichte. Ob der Tragweite dieser Bedenken beschlossen sie, den EUGH erneut um eine Entscheidung zu bitten. Sie stellen ihm die Frage, ob der nachbauende Bauer unaufgefordert und innerhalb einer Frist seiner Zahlungsverpflichtung nachkommen muss. „Die Vorlagefragen beziehen sich letztlich auf die Modalitäten der Bedingungen für die Inanspruchnahme der in Art. 14 der Grundverordnung vorgesehenen Ausnahmeregelung – auch Landwirteprivileg oder Nachbauprivileg genannt. Maßgeblich erscheint die Frage, ob die Interessen der Züchter und der Landwirte noch in einem angemessenen Verhältnis stehen, wenn der Landwirt die Bedingung der Zahlung einer angemessenen Nachbauschädigung in Höhe von 50 % der üblichen Lizenzgebühr nur dann und erst dann zahlen muss, wenn er hierzu durch den Sortenschutzinhaber aufgefordert wird“, schreibt die STV in ihrer Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem EUGH. Sie macht sprachlich aus dem Landwirteprivileg eine Ausnahmeregelung und konstruiert eine Verpflichtung zur Zahlung von Nachbaugebühren, die gänzlich losgelöst ist von der Frage der Auskunft. Die Auskunft (ungeachtet ihrer detaillierten Würdigung durch den EUGH) sei praktisch nur eine Zusatzinformation, die der Pflanzenzüchter erhalten könne. Wenn nicht die Bauern und Bäuerinnen schon mit dem Moment des Nachbaus zur Zahlung verpflichtet wären und dieser unaufgefordert nachkommen müssten, so die Schlussfolgerung der STV, gäbe es für die Pflanzenzüchter keine Chance, an die ihnen zustehenden Gebühren zu kommen. Dass sich auch der EUGH in seiner früheren Entscheidung dazu geäußert hatte und die Interessen der Züchter sehr wohl ausreichend gewahrt sah, auch wenn sie ein qualifiziertes Auskunftersuchen stellen müssten, ignoriert die STV. Die Gegenseite, die beklagten Bauern und die IG Nachbau, sieht hingegen die Verpflichtung zum qualifizierten Auskunftersuchen, also die Rechtsprechung durch den EUGH, ausgehebelt, wenn man die Gesetzeslage so auslegt, wie es die STV tut. Gebe es die von der STV interpretierte generelle Verpflichtung, unaufgefordert Nachbaugebühren zu zahlen, hätte sich der Gesetzgeber sämtliche vorhandene Ausführ-

rungen zur Auskunftspflicht auch schenken können. Spannend bei Verfahren vor dem EUGH ist, dass alle Mitgliedsstaaten wie auch die EU-Kommission zu einer Stellungnahme aufgefordert sind. Diesmal haben sich Spanien, die Niederlande sowie die Kommission selbst dazu geäußert.

Wer sagt was?

Spanien vertritt die Auffassung, dass es keine Verpflichtung der Bauern und Bäuerinnen gebe, unaufgefordert innerhalb einer bestimmten Frist Nachbaugebühren zu entrichten. Die Niederlande hingegen vertreten die Auffassung, dass in den rechtlichen Grundlagen zwar keine Frist genannt wird, doch aber davon auszugehen ist, dass Bauern und Bäuerinnen, die nachbauen, bis zur nächsten Aussaat auch unaufgefordert gezahlt haben sollten. Ähnlich sieht es die EU-Kommission, die auch von einer Frist spricht, die ein Wirtschaftsjahr umfassen sollte. Diese Auffassung der Kommission widerspreche klar der Rechtsprechung des Gerichtshofes zur Rechtssicherheit, wonach Rechtsgrundlagen klar und bestimmt sein müssten, schreiben die Anwälte der IG Nachbau in ihrem Antrag auf eine mündliche Verhandlung in der Sache. „Ohne Rechtsgrundlage konstruiert die EU-Kommission eine Pflicht des Landwirts, nicht nur den Sortenschutzinhaber sowie die für die Berechnung der angemessenen Entschädigung erforderliche, Schwankungen unterliegende Höhe der Z-Lizenzgebühr zu ermitteln, sondern auch die Berechnung der angemessenen Entschädigung und der darauf entfallenden, durch den Sortenschutzinhaber zu zahlenden Mehrwertsteuer vorzunehmen“, heißt es weiter in dem Antrag. Allein schon weil die drei Stellungnahmen Spaniens, der Niederlande und der EU-Kommission so unterschiedlich ausfielen, gebe es die Notwendigkeit einer mündlichen Verhandlung, so die Auffassung der IG Nachbau-Anwälte. Man darf gespannt sein, wie sich die höchste europäische Gerichtsbarkeit nun weiter verhält. cs



Wunschliste BDP

Der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) hat vergangene Woche in seinem Jahresrück- und -ausblick klar gemacht, was ihm wichtig ist: Der Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen für die Pflanzenzüchtung bleibe Kernanliegen. Die Pflanzenzüchter unterstützen ausdrücklich den mit dem Nagoya-Protokoll angestrebten fairen Vorteilsausgleich zwischen Gebern und Nutzern genetischer Ressourcen. Allerdings hielten sie durch die überbordende europäische Umsetzung dieses Protokolls die Züchtungsausnahme sowie die Sortenentwicklung für gefährdet. Da müsse nachkorrigiert werden, so der BDP. Des weiteren fordere man eine praxisnahe und praktikable Nachbauregelung. Es fehlten für die Weiterentwicklung der Züchtung die Einnahmen aus den Nachbaugebühren. Einen besonderen Arbeitsschwerpunkt dürfte nach Einschätzung des BDP im kommenden Jahr die Neufassung der europäischen Saatgutgesetzgebung bilden. Die Politik müsse einer Schwächung des Saatgutrechts beispielsweise durch zu weitreichende Ausnahmen entgegenwirken und Mengenbeschränkungen bei Erhaltungssorten aufrecht erhalten. cs



Der EUGH - schon architektonisch immer einen Besuch wert

Foto: Westendarp/pixelio

Viele Wege und Ziele

In der Auseinandersetzung um die EU-Ökoverordnung geht es auch darum, wer bestimmt

Homegrown organic – hausgewachsen beziehungsweise hausgemacht und ökologisch wird im Angelsächsischen gerne und oft als besonderes Qualitätsmerkmal miteinander in Verbindung gebracht. Hausgemacht von den mit Ökolandbau in Europa Befassten sind, so wirkt es auf den Betrachter, viele der Schwierigkeiten rund um eine Neuregelung der EU-Ökoverordnung. Strategisches Geplänkel und eitle Machtfragen scheinen häufig genug inhaltliche Vorwärtsveränderungen und eine generelle Perspektive zu blockieren. Einzig die Tatsache, dass Veränderungen an dem bestehenden Rechtsrahmen, der EU-Ökoverordnung, notwendig sind, weil Markt und Branche sich weiterentwickeln und weil von Anfang an vorhandene Unzulänglichkeiten nie abschließend geregelt wurden, scheint europäischer Konsens. Schließlich kämpft seit einigen Jahren auch die Biobranche mit Skandalen, die meist Resultate des Wachstums und der Goldgräberstimmung, der zunehmenden Konventionalisierung der Strukturen und der Akteure sind. Eine Harmonisierung, Risikobasierung und Verschärfung der Kontrolle innerhalb Europas sowie ein strikterer Umgang mit der so genannten Drittlandware stehen schon länger auf der Agenda der EU.

Fallstrick Verordnung

Mehr Strenge, sprich weniger Ausnahmen in der Produktion, etwa beim Einsatz konventioneller Betriebsmittel oder auch bei der Rückstandsfreiheit ökologischer Produkte, brachte der vergangene EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos im Frühjahr in seinem Vorschlag für eine Revision der Verordnung ins Spiel, weil er einen steigenden Vertrauensverlust der Verbraucher in die manchmal etwas wild wuchernde Branche sah. Besonders aus Deutschland erntete er für seinen Vorschlag so viel Kritik, dass dieses, sein letztes großes Projekt, rückblickend von vielen als Fallstrick in der Frage seiner Amtszeitverlängerung gesehen wird. Er befördere mit seiner Strenge den Ökolandbau zurück in die Nische, aus der man sich doch gerade mühsam befreit habe, so ein Vorwurf. Über den Preis, den das Verlassen der Nische kostet, wird allerdings kaum noch gestritten. Auch nicht mehr, wenn in Mecklenburg-Vorpommern im Futter eines agrarindustriellen Öko-Eier- und Geflügelerzeugerkomplexes über einen

längeren Zeitraum Grenzwerte überschreitende Pestizidmengen gefunden werden. Und auch nicht, wenn – wie auch gerade geschehen – Biohändler mit konventioneller Ware betrogen wurden, nachdem sie wissentlich bei rumänischen Firmen Getreide kauften, die in der Vergangenheit schon dieses Betrugs überführt worden waren. Gleichzeitig ist der Zwiespalt nicht wegzureden, dass ein wachsender Konsumentenmarkt nicht von einer restriktiven Nische in Europa und einem gänzlich anders oder gar nicht kontrollierten Ausland bedient werden sollte und will. Natürlich sind Perspektiven für Europas Bauern und Bäuerinnen gefragt, deren Neigung umzustellen bei den derzeitigen wirtschaftlichen Gegebenheiten sowieso schon eher gering ist. Auch Bio-Bauern und Bäuerinnen müssen inzwischen mit der Bio-Agrarindustrie konkurrieren. In dieser Gemengelage versuchte die EU-Kommission mit Ciolos erstmals unabhängig von der Biobranche, die bislang immer mehr oder weniger bestimmte, was in der EU-Ökoverordnung steht, einen eigenen Weg zu gehen und holte sich prompt eine blutige Nase. Es entbrannte ein erbittertes Gerangel fast mehr darum, wer bestimmen darf, als um wegweisende Inhalte unter den Interessens-, Kommissions- und Ländervertretern und den Parteipolitikern.

Wie weiter?

Jetzt liegt das Ganze im Rat und Parlament, noch immer beharrt die als schärfster Kritiker vorangehende deutsche Biobranche auf einem Rückzug des Entwurfes durch den inzwischen neuen Agrarkommissar Phil Hogan oder eine Zurückweisung durch das EU-Parlament. „Der Kommissar wird es nicht zurückziehen“, sagt Martin Häusling, grüner EU-Abgeordneter und Berichterstatter zum Thema im Parlament. Und selbst wenn es im Parlament eine Mehrheit dagegen gebe, der Rat werde sich nicht komplett dagegen wenden. Dort gab es gerade den - gescheiterten - Versuch der noch amtierenden italienischen Ratspräsidentschaft, sich zu profilieren und wenigstens die nicht ganz so strittigen Punkte als Kompromisspapier abzustimmen. Dazu gehört die Beibehaltung der vorhandenen und von der Kommission in ihrem Vorschlag abgeschafften Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz konventioneller Betriebsmittel und Verarbeitungszusätze, wenn

keine Öko-Alternativen zur Verfügung stehen, sowie für das Enthornen und den Anbindestall mit Weidegang. Die Frage darf allerdings nicht nur die eines Ja oder Nein zu Ausnahmegenehmigungen sein. Es gehe darum, die Regelung den Realitäten anzupassen, sagt Martin Häusling, eine Perspektive aufzuzeigen, wie man dahin komme, dass irgendwann beispielsweise genug Ökosaatgut vorhanden sei. Dafür müsse die Kommission auch Geld in die Hand nehmen und in die Züchtung und Forschung stecken. Er berichtet davon, dass in England die Ökoweizenanbaufläche sinkt, die Zahl der Ausnahmegenehmigungen aber steigt. Sein Ansinnen auch in seiner Funktion als Berichterstatter ist, das ganze Verordnungswerk „konstruktiv umzubiegen“, im nächsten Frühjahr einen Bericht vorzulegen und den Prozess mit einer neuen Verordnung angepasst an die Lissabon-Vorgaben, aber mit viel weniger delegierten Rechtsakten, welche das Parlament schwächen, abzuschließen. „Die deutsche Rhetorik war da bislang sehr scharf“, sagt er, in anderen Ländern werde da vieles nicht so kritisch gesehen.

Keine Revolution

„Die Deutschen sind sich vielleicht wichtiger vorgekommen, als sie sind“, sinniert BÖLW-Präsident Felix Prinz Löwenstein. Ihm sei in dem vergangenen Prozess klar geworden, dass es europaweit eben doch sehr unterschied-

liche Ansprüche gebe und es nicht darum gehen könne, dass jedes Land seine individuellen Vorlieben durchsetze. Ausgerechnet der Punkt der Betriebsteilungen, den die Kommission in ihrem Vorschlag verbieten wollte, wofür sie das einzige Lob aus der deutschen Biobranche bekam, ist in vielen anderen europäischen Ländern Gegenstand zentraler Kritik. Auch deshalb hatte das italienische Kompromisspapier die Möglichkeit geteilter Betriebe wieder aufgenommen. Nicht einfach ist auch die Frage der Rückstandsfreiheit ökologischer Produkte, die die Kommission einführen will. Das italienische Papier hatte die heikle Frage schon gleich ausgeklammert. Die Hoffnung, die in Brüssel so mancher hege, so Löwenstein, darüber die Verursacher der Verunreinigungen dran zu kriegen, habe er einfach nicht. Aber die Debatte müsse dafür sorgen, dass es zukünftig ein einheitliches Vorgehen gebe, wenn bei Untersuchungen, die ja häufig genug auch jetzt schon durchgeführt würden, Rückstände auftauchten. Es sei das Positive dieses ganzen Prozesses, dass an entscheidenden Inhalten diskutiert werde, so Löwenstein. Fatal sei nur, dass durch den Anspruch der Kommission, eine Totalrevision durchführen zu wollen, der Markt über Monate ausgebremst werde. „Es wird keine Revolution geben“, sagt Martin Häusling, „aber hoffentlich Ende 2015 eine vernünftige Lösung.“ cs



Bio verhandelt unter Anzugträgern

Foto: Menzler/BLE

Industrielle Bio-Brütereie

Bruderküken-Schreddern konterkariert Bruderhahn-Initiativen

Die Inbetriebnahme einer großen Bio-Elterntier-Haltung in Mecklenburg und die damit verbundene Umstellung einer Legehennen-Brütereie in Kroge bei Diepholz könnte diese zu einer agrarindustriellen Schaltstelle im Bio-Geflügelbereich werden lassen. Auf der Internetseite der Firma (<http://www.die-bio-bruetei.de/>) werden als Partner folgende große Player genannt: Fürstenhof, Geflügel Siemers GmbH & Co.KG, Novogen und Grimaud. Die Kontaktadressen verweisen auf den früher in der konventionellen Geflügel-Agrarindustrie engagierten und jetzt im Fürstenhof-Erzeugerverbund aktiven Fritz Behrens und auf Annalina Behrens sowie auf Jürgen Reimers, der laut Lebensmittelzeitung früher beim weltgrößten Legehennen-Züchter, Lohmann-Tierzucht, Geschäftsführer war. Nachdem viele Biobauern bislang ihre Legehennen-Küken – wegen fehlender Bio-Brütereien – aus konventionellen Brütereien bezogen, würden sie nun zum Bezug aus der neuen Bio-Brütereie angehalten. Dieser Umstand, so die Befürchtung vieler Akteure, könnte den Betreibern nun eine fast monopolartige Marktstellung verleihen. Das an sich positive Ende der konventionellen Her-

kunft von Bio-Legehennen wäre dann verbunden mit einer weiteren Stärkung von Agrarindustrie- bzw. Konzern-Bio. Ein sehr hoher Anteil der Bio-Eier, vor allem in den Läden der Handelskonzerne, stammt ja bereits aus konzernartigen Bio-Strukturen, die zudem oft nicht an die Standards von Bioverbänden wie Bioland oder Demeter gebunden sind, sondern nur an die viel lockeren Vorgaben der EU-Bio-Verordnung. Es droht eine Verdrängung von kleinstrukturierter Bio-Züchtung und Bio-Vermehrung.

Zweinutzungsrasen statt Schredder

Für zusätzliche Fragen sorgten Zeitungsangaben, wonach die neuen Elterntierherden jeweils 3.500 Tiere anstelle der vorgeschriebenen 3.000er Obergrenze umfassen sollten und die Tiere ohne ausreichenden Auslauf bleiben könnten. Zudem bleibt die Frage, ob in der Bio-Brütereie die zur Mast wenig geeigneten Legehennen-Brüder nach dem Schlüpfen sogleich getötet werden dürften. Die diesbezüglich positiven Aussagen von Bio-Spitzeninstitutionen und Öko-Landesbehörden sind mehr als umstritten. Vor allem vor dem Hintergrund des von der NRW-

Landesregierung angestrebten generalen Verbots des Kükentötens. Alternativen bietet die „Bruderhahn-Initiative“ von Biobauern und Biohändlern, die

durch einen Zuschlag auf den Eierpreis die Mast und damit das Weiterleben der Legehennen-Brüder ermöglicht. *en*



Süßer die Küken nie gucken

Foto: Stephan/BLE

Nordzucker stoppt Zucker-Pläne in Ostafrika

Kritik von Rübenbauern, Aktionären und Eine-Welt-Gruppen zeigt Wirkung

Nach einer Aufsichtsratssitzung hat der Nordzucker-Konzern seine Investitionspläne für Sambia aufgegeben. Als Grund wurde lediglich eine „Veränderung der Rahmenbedingungen“ genannt. Die Nordzucker hatte bis zuletzt eine Produktion in Ostafrika als rentabel bewertet.

Ende des Zuckerbooms

Große Zuckerunternehmen in Uganda, Tansania und Kenia hätten bereits Projekte wegen widriger Marktbedingungen auf Eis bzw. Kapazitäten stillgelegt berichtete das *Wall Street Journal* im Oktober. Hinzu kämen neue Handelsbarrieren und Überschüsse infolge der Zoll-Abschottung afrikanischer Staaten und des Endes des Marktzugangs afrikanischen Zuckers in die EU. Dies alles untermauerte die Sorge zahlreicher Aktionäre und Rü-

benbauern, dass bei den geplanten Rohrzucker-Projekten der Nordzucker AG in Sambia und anderen afrikanischen Staaten viel Geld „verbrannt“ werden könnte. Zudem wurde immer deutlicher, dass die Nordzucker-Projekte den Kleinbauern und der Nahrungsmittelversorgung in afrikanischen Ländern nicht nützen, sondern vermutlich sogar schaden würden. Vertreter des Nordzucker-Konzerns hatten gegenüber der AbL Niedersachsen/Bremen beteuert, dass dortige Kleinbauern durch das Projekt nicht beeinträchtigt würden. Allerdings würden die Nordzucker-Pläne in Sambia lediglich den dortigen Agrar-Eliten nützen.

Koloniale Strukturen

Das Nordzucker-Projekt mit dem Bau einer Rohrzuckerfabrik in Sambia und

dem dazu gehörigen, bewässerungsintensiven Zuckerrohranbau auf mehr als 10.000 Hektar sollte nordöstlich der Hauptstadt Lusaka im „Mkushi-Farmblock“ stattfinden. Solche „Farmblöcke“ mit ihren Großfarmen auf guten Böden wurden bereits zu Kolonialzeiten geschaffen. Beim Nordzucker-Projekt sollte offenbar als „lokaler Partner“ mit ca. 5000 Hektar Costain Chilala einsteigen, der Eigentümer von „Chimoro farms“ (ca. 9.500 Hektar). Weitere lokale Großfarmer sollten im Vertragsanbau Zuckerrohr anliefern. In diesem Zusammenhang war die Nachricht bedeutsam, dass die sambische Regierung zusätzlich zu den bestehenden Farmblöcken weitere Sonderzonen für Großagrarier schaffen wolle, wobei vermutlich Kleinbauern verdrängt würden. Es blieb offen, ob sich die Nordzucker wie andere Kon-

zerne auch in diesen Farmblöcken betätigen würde. Bereits jetzt, so die Eine-Welt-Organisation FIAN, sind neben großen Zuckerkonzernen auch viele private Finanzinvestoren mit jeweils mehreren Zehntausend Hektar in Sambia aktiv, darunter die Amatheon Agri Holding (mit ihrem Mehrheitseigner Sapinda, „Chayton Africa“), Agrarland-Fonds DWS und vermutlich auch MAN Ferrostaal. FIAN-Vertreter Roman Herre hatte vor diesem Hintergrund die Unterstützung exportorientierter Agrarkonzerne auf ihrer Jagd nach Ackerland durch deutsche Entwicklungshilfe kritisiert: Etwa 85 % der sambischen Bevölkerung, von der 6 Millionen Menschen sogar hungerten, seien von der Landwirtschaft abhängig, hätten aber kaum Zugang zu Ackerland. *en*

Ackern mit und für die Bohne

Positive Fruchtfolgeeffekte machen aus Ackerbohnen noch keinen Verkaufsschlager

Schlechte Stimmung im Norden

Obwohl nirgendwo in Europa in den Jahren zwischen 2004 und 2011 auf landwirtschaftlichen Betrieben so viel verdient wurde wie in Dänemark, ist die Stimmung dort im Keller. Die nordischen Exportmeister leiden am Russlandembargo und an einer nachlassenden Nachfrage aus China. Besonders abhängig davon sind Schweine- und Milcherzeuger. Die Perspektive ist nicht rosig, brechen doch Exporte in Europa derzeit noch weiter ein. Schon schlägt sich die gedrückte Stimmung in einer verminderten Investitionslust der dänischen Bauern und Bäuerinnen nieder, die sich wiederum negativ auf die Märkte für Landtechnik, Stallausrüstung oder Baudienstleistungen auswirkt. cs

Torsten Stehr ist ein Ackerbauer im Kopf, wenn auch seine Arbeitsgeräte eher Telefon und Bürostuhl als Treckerjoystick und gefederter Sitz sind. Er ist Mitarbeiter der Raiffeisengenossenschaft Weser-Elbe und macht eine Rundumbetreuung: Saatgut und Pflanzenschutzberatung, aber auch die Vermarktung einer eher ungewöhnlichen alten, neuen Frucht – der Ackerbohne. Auf die Bohne gekommen sind er und „seine Ackerbauern hier“ im tonigen Marsch-Dreieck des nördlichen Niedersachsens zwischen Elbe und Weser nicht, weil sie heimische und/oder gentechnikfreie Alternativen zur Eiweißfütterung ihrer Tiere gesucht hätten. Tiere haben sie hier kaum auf den Bohnen anbauenden Betrieben.

Fruchtfolgeprobleme

Nein, die Bäuerinnen und Bauern hatten eine andere Problemstellung. „Es gab zunehmend Schwierigkeiten, die Bestände von Stoppelgetreide, speziell Weizen, gesund und sauber zu bekommen“, fasst Stehr die Situation vor fünf, sechs Jahren zusammen. Nicht nur, dass die Erträge stagnierten oder sogar sanken, in den hier üblichen Raps-Weizen-Weizen-Fruchtfolgen kostete gerade der zweite Weizen auch noch zusätzliche Fungizidaufwendungen. Das sei ja alles nichts Neues gewesen, in England kannte man diese Probleme schon länger, und auch in Deutschland gebe es nach wie vor Regionen, die „mit aller Gewalt auf Stoppelweizen“ setzten, so Stehr, und damit vor allem ein erhebliches Ackerfuchschwanzproblem produzierten. „Früher kannte man das dann so, dass die Industrie einem die Lösung brachte.“ Inzwischen sendet Brüssel Signale in Sachen chemischer Pflanzenschutz aus, die eher negativ ausfallen. Der Situation müsse man

sich stellen, so Stehr, und entsprechend wieder ackern. Mit Beraterkollegen aus Kammer und Wirtschaft begannen er und änderungswillige Bauern und Bäuerinnen nach Alternativen für die Fruchtfolge zu suchen. Man dachte nach über Mais, dieser schien den Ackerbaubetrieben in der Marsch für den Standort allerdings eher weniger geeignet. Die Ackerbohne war eigentlich noch exotischer. „Wir kannten uns zu null Komma null Prozent aus“, sagt Stehr, aber die Anbautechnik ist die, die sowieso schon auf den Betrieben vorhanden und bekannt ist, das hilft über Hemmschwellen hinweg. So wurde es die Bohne: 2010 droschen die ersten sechs Bauern und Bäuerinnen etwas mehr als 500 Tonnen, 2014 sind es 23 Anbauer und 3000 Tonnen. Saatgutbestellungen deuteten jetzt schon darauf hin, dass es 2015 fast doppelt so viele Bauern und Bäuerinnen sein werden, die Ackerbohnen anbauen, so Torsten Stehr. Da lasse das Greening grüßen, aber es sei in der Gegend hier eben auch der positive Effekt der Mund-zu-Mund-Propaganda. „Ertraglich hat uns die Bohne bisher nicht enttäuscht“, sagt Stehr und verweist auf Erträge zwischen im 50 und 70 dt. Die Qualität, die sich bei Bohnen auch in wenig Lochfraß misst, ist gut.

Es funktioniert

Die bekannte Technik funktioniert; anfängliche Sorgen um zu späte Erntetermine, verstopfte Mähdrescher, zu hohe Trocknungskosten, zu viel Unkraut erwiesen sich als unbegründet. Gedrillt wird mit der normalen Maschine. Eine, höchstens zwei Herbizidanwendungen halten den Bestand sauber, der dann so mit 20 % Feuchte im Spätsommer gedroschen wird. Und dazu, so Stehr, gebe es eben noch die erhofften positiven Vorfruchteffekte: we-

niger Düngung, weniger Pflanzenschutz für das folgende Getreide. Insgesamt zeige sich zudem eine Hinwendung zu mehr Vielfalt in den Fruchtfolgen, die ebenfalls der Öffnung für die Bohne zugeschrieben werden könne, auch Sommerungen und



Torsten Stehr

Foto: Jasper

Zwischenfrüchte spielten in der Region wieder eine größere Rolle. Und da nun auch die Politik mit dem Greening neue Akzente gesetzt habe, gehe „ein gewisser Ruck durch die ganze Kette.“ Denn, das bleibt bei aller Erfolgsgeschichte noch zu sagen, die Vermarktung der Bohnen dorthin, wo Stehr und die Bäuerinnen und Bauern sie eigentlich gerne haben wollen, ist bislang noch Wunsch. „Eigentlich hatte ich gedacht, das ist doch ganz einfach“, erinnert sich Stehr, „aber die Preisvorstellung der Mühle vor Ort deckte sich bisher noch nicht mit der der Landwirte.“ Die Ackerbohne muss auch bei den heimischen Futtermühen erst neu ins Bewusstsein und es gilt, Wege für die Verarbeitung zu entwickeln. Torsten Stehr begann nach anderen Möglichkeiten zu suchen, die Ackerbohnen zu verkaufen und fand einen Hersteller für Haustiernahrung, einen Exporteur nach Italien, ein Werk, das die Bohnen in Komponenten aufschließt und diese verarbeitet, trotz höherer Transportkosten zu besseren Erzeugerpreisen. Inzwischen merke er aber auch Interesse der originären, nahe liegenden Adressaten, die Stimmung ändere sich. Die Landwirtschaftskammer macht Futtermittelversuche. Gentechnikfreie oder heimische Eiweißfütterung ist Thema auf Veranstaltungen, in der Politik und unter den Bauern und Bäuerinnen. Es gibt erste Interessensbekundungen von Futtermühen aus der Nähe. „Da müssen wir doch hin: aus der Region für die Region mit einer vernünftigen Wertschöpfung“, sagt Stehr vehement, „damit die Bohnen am Ende da landen, wo sie von Anfang an hin sollten – in den Futtertrögen hier vor Ort.“ cs



Vielleicht bald die Palme des Elbstrands - die Ackerbohne

Foto: Stephan/BLE

Mut haben und machen!



Die junge AbL redet über Träume, Visionen und die Realität

Tagung statt Torte zum fünfjährigen Geburtstag: Vor der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Altenkirchentage die junge AbL mit rund 40 jungen Menschen, darunter viele neue Gesichter. Gleich zu Anfang des Treffens wurde eine Vielfalt an Ideen zur Zukunft der Landwirtschaft bei einem Posterrundgang bunt illustriert. Mitten unter den Aktionsgedanken und Themen forderte ein Plakat zu kreativer Beteiligung auf: Die weiße Weite, die sich hier um das Wort: „Faire Arbeit?“ ausbreitete, wich auch schnell einer Fülle von Anregungen zur Verbesserung der Lehr- und Angestelltenverhältnisse sowie der Saisonarbeiten in der Landwirtschaft. Auf Grund eigener Erfahrungen der Azubis und Gesellen aus den Reihen der jAbL wurde über Missstände in landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen diskutiert. Es besteht der Wunsch, auf die Probleme hinzuweisen, die vornehmlich im Bereich des Arbeitsrechts, der Vergütung und der Gewichtung der Ausbildung im Betrieb gesehen werden, und die Bedingungen in Zukunft zu verbessern. Für den Erfahrungsaustausch wird eine verbesserte Vernetzung unter Azubis und Gesellen angestrebt.

Leben und Arbeiten

Die Leitfragen der abendlichen Gesprächsrunde spannten dann einen noch weiteren, persönlicheren Bogen: Was erträumen wir uns von einem Leben in der Landwirtschaft? Warum sind diese Vorstellungen bisher zumeist „nur“ Träume und wie können wir sie und die vorgefundene Realität näher zusammenbringen? Erlebt wird auf den Höfen ein arbeitsames Treiben, in dem die bewusste, gemeinsame Zeit für Dinge außerhalb der Landwirtschaft nur sehr wenig Raum findet. Doch obwohl das Leben nicht nur aus Arbeit besteht, ist die Arbeit auf dem Hof auch Leben – hier gilt es für jeden, das eigene Gleichgewicht zu halten. Um dies im Alltag umzusetzen, wurde angeregt, die gute Kommunikation untereinander zu kultivieren und sich der eigenen Bedürfnisse klar zu werden. Deutlich wurde der Spagat zwischen der erträumten Vielfalt im Arbeitsleben, in der wir uns selbst verwirklichen und glücklich werden können, und dem „Hamsterrad“, in dem wir drohen gefangen zu werden. So könnte eine Vielfalt an Betriebszweigen in Form von Hofgemein-

schaften realisiert werden, die zudem Urlaubs- und Wochenendvertretungen möglich machen. Außerbetriebliche Tätigkeiten in der politischen Arbeit, der Forschung und Beratung könnten ein landwirtschaftliches Einkommen ergänzen und Raum für das Ausleben persönlicher Interessen bieten. Zudem wird wirtschaftlicher Spielraum für die Umsetzung artgerechter Tierhaltung und agrarökologischer Landbewirtschaftung gewünscht. Und es wäre schön, wenn die Betriebe durch gute zwischenmenschliche Kommunikation mit den Verbrauchern und untereinander vernetzt sind.

Träume in die Tat umsetzen

Aber am Ende helfen keine langen Reden: Der Appell, den Mut zu haben, zu **MACHEN** wird laut! Es geht darum, die Angst abzuschütteln und dem Beispiel der jAbLerInnen zu folgen, die den Schritt in die landwirtschaftliche Selbstständigkeit gewagt haben. Vielleicht müssen z.T. unsere Vorstellungen noch realistischer werden. Wir dürfen nicht zu lange warten, bis wir über den perfekten Betrieb, zur perfekten Zeit, mit genau den richtigen Leuten stolpern. Grundsätzlich sollten wir uns innerhalb der gesamten AbL besser vernetzen, Betriebsgründern tatkräftig zur Hand gehen und neue Denkansätze zu alternativen Betriebsstrukturen finden, die unseren Vorstellungen entsprechen. Im politischen Engagement bleibt es unsere Aufgabe aufzuzeigen, welche Umstände einen Einstieg in das Leben in der Landwirtschaft erschweren.

Und das Geburtstagsgeschenk: ein Gefühl der gemeinsamen Stärke und eine frische Böe der Motivation!

Therese Wiskott, Christine Weißenberg, junge AbL

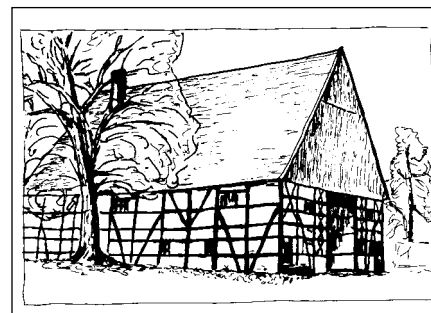


Köpfe zusammenstecken

Foto: Wiskott

Tante Ju

Zweitausendvierzehn war das Jahr der Kriegsgedenktage. Meine Erinnerungen an den letzten Krieg verschwimmen mit den Erzählungen der damals Älteren. Sie setzen erst ein, als das Haus voller Flüchtlinge war und als die Räume von provisorischen, langen Ofenrohren zum einzigen Schornstein hin durchzogen waren. Es mussten Koch- und Heizstellen geschaffen werden, wobei einige Räume Fußbodenheizung hatten, weil darunter die Kühe standen.



Eine Bauer aus Ostwestfalen erzählt

Trotzdem werde ich auch heute noch oft an den letzten Weltkrieg erinnert. In der Nähe unserer Schrottsammelstelle auf dem Hof steht nämlich eine Achse mit Gummirädern. Der Schrotthändler hätte sie schon lange mitgenommen. Sie hat jedoch eine sehr stabile Gummibereifung und daran scheitert schon seit Jahrzehnten ihre

endgültige Beseitigung. Während des Krieges stand auf dem nahe gelegenen Bahnhof ein Güterzug, der wegen Bombenangriffen schnell geräumt werden musste. Er war beladen mit Ausrüstungsgegenständen und -einrichtungen eines Flughafens, der nach Osten verlegt werden sollte. Die Ladung wurde in einem Wäldchen in Hofnähe in Sicherheit gebracht. Eine kurze Zeit später wurde alles wieder eingesammelt und weiter nach Osten verfrachtet. Fast alles. Einiges blieb liegen und wurde je nach Gebrauchswert in die betriebliche Organisation des Hofes integriert. Ein vergessener Stahlhelm wurde so zum Behälter, aus dem jahrelang den Kühen Kraftfutter zugeteilt wurde. Es wurde kein Schwert zum Pflugschar – aber immerhin ein Stahlhelm zum Mehleimer. Eine Achse mit Gummibereifung wurde zum Handwagen, mit dem die Milchkannen an die Straße transportiert wurden. Sie hatte diesen Verwendungszweck, solange wir Kühe hatten. Danach wurde um die Achse ein Transportwagen gebaut, mit dem wir Ferkel von einem Stall in einen anderen fuhren. Jedes Mal, wenn der Kreisveterinär diesen Wagen sah, sagte er: „Das ist das Fahrgestell der Tante Ju!“, und dabei streichelte er ebenso gedanken- wie gefühlvoll die Gummiräder, wie den Rücken eines Tieres. Die Junkers 52 war als wellblechverkleidetes Transportflugzeug im Kriegseinsatz und er hatte sie geflogen. Offenbar war für ihn die Tante Ju so etwas wie eine Lebensabschnittsgefährtin – eine Überlebensabschnittsgefährtin.

Im Laufe der Jahre stiegen die Ferkelmengen und der Transportwagen musste weichen. Und mit ihm die Flugzeugachse. Sie steht nun seit Jahrzehnten am Schrottsammelplatz. Hin und wieder trete ich gegen die Reifen und bin verwundert, dass sie noch so stramm mit Luft gefüllt sind. Ich kann mich nicht erinnern, dass Luft aufgepumpt wurde – ich bin sicher, von uns noch nie.

Kürzlich habe ich ein Loch hineingebohrt. Mit einem leichten Zischen entwich der Inhalt. Es war noch die Luft der Kriegszeit, ein übler Geruch. Mit dem Loch im Reifen ist jetzt jedoch auch diese Erinnerung an den Krieg endgültig zerstört.

Landwirtschaft im Vordergrund

Fragen an Stephanie Wild vom Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

 **Solidarische
Landwirtschaft**
sich die Ernte teilen

Starter-Paket Solawi

Ein 15-teiliges Set mit wichtigen Materialien für den Start einer Solawi-Initiative bietet sowohl Informationen wie auch praktische Wegweiser, um die Qualität und Vielfalt der Solidarischen Landwirtschaft vermitteln zu können. Das flexible Kommunikationspaket kann individuell eingesetzt werden, so dass jede Initiative oder jeder Solidarhof eigene Schwerpunkte setzen kann. Wer möchte, ergänzt mit eigenen Logos, Texten und Bildern. Erstellt und herausgegeben vom Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Eine ausführliche Beschreibung, Ansichten und Bezugsoptionen finden sich unter: www.solidarische-landwirtschaft.org

Unabhängige Bauernstimme: Mit dem Konzept der Solidarischen Landwirtschaft wurde ein ganz neues Verhältnis zwischen Produzent und Konsument entwickelt. Was ist das Solidarische an dieser Form der Landwirtschaft? Kann man noch von Produzenten und Verbrauchern sprechen?

Stephanie Wild: Grundlegend ist, dass nicht mehr die Erzeugnisse im Vordergrund stehen, sondern die Landwirtschaft als Ganzes. Dies drückt sich darin aus, dass die jährlichen Betriebskosten eines Hofes bzw. einer Gärtnerei von den Mitgliedern getragen werden. Schwankungen von Marktpreisen und Vermarktungsrisiken spielen keine Rolle mehr. Das solidarische Prinzip findet sich auf mehreren Ebenen wieder: Übernahme der realen Erzeugungskosten und die Möglichkeit der einkommensabhängigen Beitragsbemessung (Solidarität untereinander), die Risikoübernahme z.B. bei Ernteausfällen (Solidarität mit den Produzenten), Berücksichtigung der Bedürfnisse von Tieren, Pflanzen und Böden (Solidarität mit der Umwelt und den nächsten Generationen). Die Verbraucher erhalten Einblick und Beteiligungsmöglichkeit an ihrer Lebensmittelversorgung. Sie werden damit zu Mitbauern oder Prosumenten und treten aus ihrer reinen Konsumentenrolle heraus.

Derzeit gibt es 66 Höfe und Gruppen, die Solidarische Landwirtschaft machen. In Deutschland hat es diese Art der Landwirtschaft Ende der achtziger Jahre auf den ersten Höfen gegeben. Sicherlich sind die Betriebe und Gruppen in ihren Strukturen unterschiedlich. Was sind die gemeinsamen, die verbindenden Elemente? Gemeinsam ist allen die Wertschätzung der Leistungen einer überschaubaren, nachhaltigen Form der Landwirtschaft und die daraus resultierende Qualität der Lebensmittel. Zu wissen, woher das eigene Essen kommt, vom wem und wie es produziert wurde, wird heute als Luxus empfunden und als positive Handlungsoption in Anbetracht der global-industriellen Lebensmittelerstellung. Konkret bedeutet dies die verbindliche Beteiligung für mindestens ein Jahr, die Mitorganisation der Verteilung der Erzeugnisse und ein hohes Maß an Kommunikationsbereitschaft auf beiden Seiten. Viele Mitglieder beginnen sich mit „ihrem Hof“ zu identifizieren.

Das Besondere der Solawis ist ja, dass nicht für die Produkte bezahlt wird, sondern die Arbeit zu deren Herstellung angemessen entlohnt wird. Am Ende wird

die Ernte dann unter allen Mitgliedern aufgeteilt. Ist es nicht für viele Menschen ungewohnt, in solchen ganz neuen Kategorien zu denken, in denen Geld für einen Wert gegeben wird, der materiell überhaupt nicht zu fassen ist?

Tatsache ist doch, dass wir ständig für Dinge Geld bezahlen, deren wirklichen Preis wir nicht erfassen. Kosten industriell hergestellter Lebensmittel werden „externalisiert“, also auf die Umwelt und die sozialen Systeme abgewälzt mit den entsprechenden negativen Folgen. Wieso kann denn eine Weihnachtsgans im Discounter 3 Euro das Kilo kosten und beim Bauern reichen eigentlich nicht mal 10€, um kostendeckend zu sein? In der Solidarischen Landwirtschaft werden die realen Kosten, auch die Löhne, transparent gemacht. Nicht mehr Teil eines als falsch empfundenen Systems zu sein, ist für viele eine große Motivation, in neuen Kategorien zu denken und zu handeln.

Vor drei Jahren, 2011, wurde das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft gegründet. Welches sind die Ziele und Schwerpunkte der Netzwerkarbeit?

Das Netzwerk versteht sich explizit als Zusammenschluss von landwirtschaftlich tätigen Menschen und Einzelpersonen bzw. Verbrauchern. Beide sehen die Notwendig-

keit, bäuerliche Betriebe und Ackerland zu erhalten, damit es unter den ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen in Zukunft überhaupt noch möglich sein wird, Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität zu erhalten. Das Netzwerk steht für einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft und bietet konkrete Unterstützung bei der Gründung von Solidarhöfen an, die diesen Paradigmenwechsel vorleben wollen.

Betrachtet man die Liste mit Solawis in Gründung, wird schnell deutlich, welchen Zulauf die Bewegung aktuell hat. Welche Hilfestellungen gibt ihr als Netzwerk solchen neuen Initiativen?

Zuerst einmal gibt es eine Plattform, an die man sich mit Fragen wenden kann, sei es als interessierter Hof oder als Einzelperson. Man findet viele Informationen, eine Liste mit Höfen und Initiativen und verschiedene Materialien auf unserer Webseite und diese wird ständig aktualisiert und erweitert. Das Netzwerk verfügt über einen kleinen Stamm von Beratern, über Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen und organisiert den Wissenstransfer u.a mit einem monatlichen Newsletter und zwei großen Tagungen im Jahr.

Vielen Dank für das Gespräch! mn



Anbauplanung im ständigen Austausch

Foto: Hartkemeyer

Ein Ja(hr) zur bäuerlichen Landwirtschaft

AgrarBündnis veröffentlicht Kritischen Agrarbericht 2015

Am 31.12.2014 endet das von den Vereinten Nationen (UN) ausgerichtete „International Year of Family Farming“. Was die einen, wie das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), mit „Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft“ oder „Jahr der Familienlandwirtschaft“ übersetzen, ist für die anderen, wie z.B. Mitgliedsverbände aus dem AgrarBündnis oder auch den Bauernverband, das „Jahr der bäuerlichen Landwirtschaft“ oder das „Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe“. Alle Formulierungen lösen, zumindest bei den meisten, positive Assoziationen aus. Sie respektive ihre Verwendung stehen jedoch für sehr unterschiedliche agrarpolitische Vorstellungen und dahinter stehende Interessen. Im Kern geht es um die Frage: bäuerliche oder industrielle Landwirtschaft. Die Auseinandersetzung um diese zwei Wege hat 2014 – auch befördert durch das UN-Jahr – die gesellschaftlichen Debatten um die Zukunft der Agrarpolitik und der Landwirtschaft zunehmend beeinflusst, was auch in dem Schwerpunkt „Agrarindustrie und Bäuerlichkeit“ des Kritischen Agrarberichts 2015 zum Ausdruck kommt. „Bäuerlichkeit ist wieder im Trend“, heißt es im Agrarbericht. Er wirft einen Blick auf diesen „schillernden Begriff“, seine Verwendung und die damit verbundenen „versteckten“ Interessen, auf die Hoffnungen und Visionen, für die er steht. Der Agrarbericht formuliert Gedanken zu einem „modernen“ Umgang mit dem Begriff „bäuerlich“ und stellt un-

ter der Überschrift „Bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Zukunftslandwirtschaft“ eine „grundsätzliche Bestimmung“ von „Bäuerlichkeit“ zur Diskussion. Daneben wird an unterschiedlichen Themen und Beispielen (GAP-Reform, TTIP, exportorientierter Handel, Saatgut, Wasser, Stickstoff, Entwicklungspolitik etc.) gezeigt, wie die entsprechenden Akteure der Agrarindustrie versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Der Kritische Agrarbericht belässt es nicht bei einem „Jahr zur bäuerlichen Landwirtschaft“. Er steht für ein eindeutiges JA zu diesem Weg auch nach 2014.

*Friedhelm Stodiek,
Redaktion kritischer Agrarbericht*



Inhalt 2015

Kapitel Agrarpolitik und soziale Lage

Ein Ja(hr) zur bäuerlichen Landwirtschaft/Tierfabriken-Stopp – vor Ort und per Gesetz. Das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ weiter auf Erfolgskurs/ Deutschland fördert mit EU-Geld weiter Landkonzentration-Umsetzung der EU-Agrarreform in anderen Staaten viel gerechter und grüner/Das Greening aus Sicht der Leguminosen/Bäuerlichkeit im Trend-Hoffnungen und Visionen rund um einen schillernden Begriff/Bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Zukunftslandwirtschaft-Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)/Milchpoker-Über die auslaufende Milchquote und das fast ungebremste Wachstum der Betriebe-Interview mit Ottmar Ilchmann/Globaler Gigantismus – Über die weltweit zunehmende Verlagerung der Milchviehhaltung in Agrarfabriken/Die Krise als Chance/Das russische Lebensmittelembargo und die Problematik der massiven EU-Exportorientierung/Mehr Macht den Konzernen-Die Bürgerbewegung gegen TTIP, CETA und die EU-Handelspolitik wächst/Wirtschaftsinteressen vor Demokratie-Bisherige Erfahrungen mit Klagerichten für Konzerne/Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich-Einblicke in das Netzwerk aus Agrar- und Ernährungswirtschaft, Spitzenverbänden und Politik/Industrielle Landwirtschaft in der Sackgasse-Resistente Unkräuter und das Scheitern eines Agrarsystems/Vielfalt auf den Äckern – nicht nur in der „Nische“/Wandel der Arbeit in der Landwirtschaft

Kapitel Welthandel und Ernährung

Internationale Zusammenarbeit im Kriechgang/Der Griff nach Wasser/Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie/Die Folgenlosigkeit des Weltagrarberichts

Kapitel Ökologischer Landbau

Weder Illusion noch Statussymbol – Bio als gesellschaftliche Alternative/Kulturland-Genossenschaft ermöglicht gemeinschaftliches Bodeneigentum/Zurück in die Nische? Die neue Öko-Verhinderungs-Verordnung/Wem gehört die Biobranche?/Zukunftsallianz Ökolandbau

Kapitel Produktion und Markt

Witterung, Bodennutzung, Tierhaltung und wirtschaftliche Lage/Das Stickstoffdebakel/Unterschatzte Gefahren Das Pestizid Glyphosat ist hoch umstritten/Bürger gegen Pestizide – Die Gemeinde Mals in Südtirol verbietet per Volksentscheid den Einsatz von Pestiziden/Wirtschaftlichkeit einer kraftfutterfreien Milchviehhaltung in Deutschland/Zwischen Nachhaltigkeit und Effizienz

Kapitel Regionalentwicklung

„Gut leben“ – Zur Neuausrichtung der ländlichen Regionalentwicklung/Monotonisierung von Landschaft/„Die Wertschöpfung soll den Höfen zugutekommen!“

Kapitel Natur und Umwelt

Entwicklungen & Trends 2014/Gemischte Bilanz – Zur Lage der Natur in Deutschland und neuen Tönen aus Brüssel/Wasserschutz beginnt auf dem Acker/Löcher im Netz des Lebens-Umsetzungsdefizite beim Biotopverbund in Deutschland

Außerdem noch die Kapitel Wald, Tierschutz und Tierhaltung, Gentechnik, Agrarkultur, Verbraucher und Ernährungskultur

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 € 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Matthias Stührwoldt Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Cartoons rund um die Kartoffel....

- 9,80 € - Linda und Konsorten
- 9,80 € - Linda prall im Leben

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.
Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2015: www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.
Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Februar ist der 19. Januar 2015.**

Tiermarkt

- Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

- Landwirt in Rente, 68 J., 1,50 m., NR., sucht nette Lebensgefährtin für gemeinsame Zukunft. Liebe und Zuneigung sind mir wichtig. Finanziell bin ich unabhängig, körperlich und geistig fit und wohne im Großraum Stuttgart. Zuschriften unter Chiffre: 2015-01-01

Hof und Arbeit

- Biete gut 2 ha Ackerfläche mit etwas über 30 BP, hof- und dorfnahe, umgestellt und Biolandzertifiziert zur Bewirtschaftung für Gemüse- und Gartenbau, vorzugsweise SoLaWi im Großraum Berlin/Potsdam (ca. 1 h Fahrtzeit). Eine Scheune am Hof mit ca. 200 qm könnte als Wirtschaftsgebäude genutzt werden. Der Betriebszweig Gemüsebau müsste völlig neu aufgebaut werden. Die Ressourcen Boden und Gebäude würden günstig zur Verfügung gestellt, in der Anfangsphase können wir Unterstützung, z.B. bei der Bodenbearbeitung, leisten. Anbindung an größeren bestehenden Biolandhof, der gern ergänzend Brot, Eier, Nudeln, Honig, ggf. Fleisch/Wurst liefern würde. Bei Interesse bitte melden bei: Biohof SteinReich, Johannes Alt, 14806 Bad Belzig, ☎ 033846/90461, ☎0171/4765978, agrarundforst@web.de



Pflanz- & Speisekartoffeln vom Spezialisten

Zum Beispiel:

Violetta – lila-/blaufleischig

Rote Emmalie – rotfleischig

Linda – tief gelbfleischig

Auch aus dem ökologischen Anbau.

Direkt ab Hof oder per Versand, in ganz Europa.

Ellenberg's Kartoffelvielfalt
Ebstorfer Straße 1
29576 Barum
Tel.: 0 58 06-304 Fax: 12 50
www.kartoffelvielfalt.de

Veranstaltungen

Jahresmitgliederversammlung Landesverband Bayern
08.02.2015, 10 Uhr

Die Tagesordnung und der Veranstaltungsort werden in der Februarausgabe der Unabhängigen Bauernstimme und auf www.abl-bayern.info bekannt gegeben.

Jahresmitgliederversammlung Landesverband Hessen
08.02.2015, 10 Uhr

Die Tagesordnung und der Veranstaltungsort werden in der Februarausgabe der Unabhängigen Bauernstimme und auf www.abl-ev.de bekannt gegeben.

Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen Jahresmitgliederversammlung & Tag der Landwirtschaft
11.01.2015, von 8.45 Uhr bis 18 Uhr

- Mit Vorträgen und Diskussionsrunden zur Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft
- Vorstellung des Agrarbündnisses Thüringen
- Marktplatz mit Informationen der Bündnispartner
- Mitgliederversammlung

Anmeldung bis zum 06.01.2015 bei Daniela Kersten mail@ra-kersten.de
Unkosten: 20-30 € für Getränke, Imbiss, Mittagessen, Kaffee und Kuchen
Ort.: Bienenmuseum Weimar, Ilmstraße 3, 99425 Weimar
Nichtmitglieder sind herzlich willkommen!

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de

EIT | Freund & Partner
Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Steuerberater
Dr. Marcel Gerds *Beratung mit Agrarexpertise*

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrar@etl.de
Web: www.marcel-gerds.de
www.facebook.com/fpwittenberg

Regionalität
12.01.2015, Herrieden, 20 Uhr
Rudolf Bühler, Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall, referiert zum Thema: Regionalität statt Weltmarkt, was läuft anders bei der BESH?
Ort: Gasthaus Bergwirt, Herrieden

Bäuerinnentreff
16.01.2014, 9.30 Uhr
Bäuerinnen nehmen sich Zeit für ein gemeinsames Frühstück in der Schmalzmühle in Röckingen, mit Besichtigung der Käseerei und dem Ferienwohnungsbetrieb.
Anmeldung: Isabella Hirsch, Tel.: 09852/1846

BDM - Milchbauerntag S-H
29.01.2015, Osterröndfeld, 10 Uhr
Zum Thema: Nachhaltigkeit ist das Schlagwort in der heutigen Zeit - doch was heißt das für die Milchviehbetriebe? lädt der BDM Schleswig-Holstein zu einer Vortrags- und Diskussionsrunde ein.
Kühls Gasthof, Dorfstraße 29, 24783 Osterröndfeld

Hofübergabe
31.01.-01.02.2015, Hohebuch
Das evangelische Bauernwerk in Baden-Württemberg veranstaltet ein Hofübergabeseminar für Übergeber, Übernehmer und weichende Erben.
Infos und Anmeldung: 07942-10712, Email: v.grossenbacher@hohebuch.de, www.hohebuch.de
Ort: Heimvolkshochschule Hohebuch, 74638 Waldenburg - Hohebuch

Saatguttreuhand
03.02.2015, Herrieden, 20 Uhr
Georg Janßen berichtet über die aktuellen Entwicklungen bei den Nachbaugebühren.
Ort: Gasthaus Bergwirt, Herrieden

Lernort Bauernhof
06.-08.03.2015, Wetzlar
Die Bundestagung Lernort Bauernhof hat folgende Schwerpunktthemen: Wie fange ich es an, tiergestützte Pädagogik mit Nutztieren, Inklusion auf dem Lernort Bauernhof, Expedition in den Schweinestall, Milchverarbeitung auf dem Lern- und Schulbauernhof, Praxisprojekte, Wertebildung durch Landwirtschaft, Erlebnispädagogik auf dem Lernort Bauernhof.
Infos zum Teilnehmerbeitrag und Anmeldung: H.-H. Heuser, Tel.: 0170 446 44 17, bundestagung@baglob.de, www.baglob.de. Veranstaltungsort: Bildungsstätte der Sportjugend Hessen, Friedensstraße 99, 35578 Wetzlar

Termine

Weitere Termine im Internet unter: www.abl-ev.de/termine und auf den Homepages der Landesverbände!

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

FLEISCH FÜR DIE WELT? SACKGASSE AGRAREXPORTE

Konferenz am 17. Januar 2015 von 15.30 Uhr bis 18.30 Uhr im Deutschen Bundestag in Berlin

Infos & Anmeldung:
» gruene-bundestag.de » Termine

UNS GEHT'S UMS GANZE

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!



17. JAN. '15
POTSDAMER PLATZ
12 UHR **BERLIN**
DEMO

Unterstützen Sie durch eine **Diesel-Spende** die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem Trecker auf die Demo fahren. Gerne nehmen wir Sie als Gegenleistung in unsere Liste der Treckerpaten auf unserer Homepage auf! Eine Mail an braendle@wir-haben-es-satt.de genügt.

Spendenkonto
Empfänger: DNR Umwelt und Entwicklung
Konto-Nr.: 260 051 81, BLZ: 370 501 98
IBAN: DE95 3705 0198 0026 0051 81
Sparkasse Köln-Bonn, Verwendungszweck: WHES Demo 2015 Treckerpatenschaft



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: Lensing Druck Gruppe, Harkortstraße 6, 48163 Münster

ABL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
Anika Berner 01573-7994606; anika.berner@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de; Andreas Huhn 01573-8301081, andreas.huhn@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

ABL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der ABL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: _____ Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung ABL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ist das nicht wunderbar?

Ganz ehrlich: Ich bin kein Christ und ich glaube an keinen Gott, schon gar nicht an einen, der Gebete erhört. Für mich ist klar: Wir sind allein und keiner hilft uns. Und obwohl ich das so sehe, bin ich kein ganz und gar unspiritueller Typ. Wir sind nicht bloß Chemie und ich glaube auch an so etwas wie Seele. Das hat aber für mich nichts mit Religion zu tun, und schon wenn ich nur den Begriff „Religion“ denke, kräuseln sich mir die Fußnägel. Letzten Endes ist es doch so: Hätten die Menschen nicht konkurrierende Konzepte von Gott erfunden, wären heute mindestens drei Viertel aller Konflikte auf der Welt überflüssig. Man stelle sich das mal vor: Plötzlich hätten die Leute keinen Grund mehr, sich auf die Omme zu hauen, und viele würden feststellen, wie nett der andere ist, den man eben noch umbringen wollte. Oh, du schöne Utopie! In dieser Frage bin ich ganz bei John Lennon: „Imagine there is no heaven, and no religion, too.“ Aber auch John Lennon wurde umgebracht.

Tja, und jetzt ist bald Weihnachten. Kann ein Heide wie ich sich auf dieses Fest freuen? Sollte ich das überhaupt? Natürlich habe ich mir diese Frage gestellt, wieder und wieder, inmitten dieser vorweihnachtlichen Wahnsinnswochen, in welchen die Leute zwischen Sehnsucht nach Ruhe und Frieden und Geschenkekauf- und Weihnachtsfeierstress schier aufgerieben werden. Nie ist das Nervenkostüm so dünn wie in den vier Wochen vor Weihnachten, und nicht wenige haben den irren Blick von Amokläufern in ihren blassen, übernächtigten Gesichtern. Trotzdem mache ich mit, zumindest am Rande. Ich will kein Spielverderber sein und wenn du Gören hast, bist du als Weihnachtsverweigerer ja sowieso die Spaßbremse schlechthin. Also sage ich mir: Was soll's, eigentlich ist Weihnachten schon immer ein heidnisches Fest gewesen, Wintersonnenwende. Die Leute feiern, dass es endlich wieder heller wird, nach den furchtbar trüben Wochen im November und Dezember ist das nur zu verständlich. An diese Tradition haben sich

die Christen ja nur angedockt; auch der Tannenbaum ist ein heidnisches Symbol der Hoffnung mitten im dunklen, lebensfeindlichen Winter. Wahrscheinlich hat Jesus gar nicht am 24. Dezember Geburtstag, aber er ist nicht da, um zu sagen: „Hört mal, Leute, tut mir leid, aber ich bin am 10. August geboren.“ Also feiern wir Weihnachten weiterhin als große heidnisch-christliche Mischmaschparty, und wie man hört, feiern selbst Angehörige anderer Religionen inzwischen mit, weil es eben auch schwierig ist, sich diesem ganzen Trubel zu entziehen. Irgendwie ist das doch auch schön, wenn alle feiern und keiner weiß so genau, warum. Meiner Erfahrung nach sind das jedenfalls die besten Feten überhaupt.

Und ja, ich freue mich auf die Bescherung. Es ist immer das Gleiche: Wir haben zusammen gegessen und gegessen, allein das ist doch schön. Bei uns gibt es immer Kartoffelsalat und Würstchen, danach Eis. Pappsatt und träge rollen wir uns in die Stube und

bewundern den wie immer krüppeligen Baum, denn wir haben ein Herz für hässliche Loser, wir sind ja selber welche. Und dann liegt da unter dem Baum ein verräterisch aussehendes kleines Päckchen. Seit ich denken kann, bekomme ich von meiner Mutter jedes Jahr an Heiligabend ein großes, dreihundert Gramm schweres Marzipanbrot eines Lübecker Herstellers, der sich wirklich auf Marzipan versteht. Ich habe mir mal geschworen, niemals Marzipan dieses Herstellers selber zu kaufen, weil ich sonst erstens ständig pleite und zweitens dreihundert Kilo schwer wäre. Aber schon im Frühjahr, wenn ich auf unserem Grünland die Maulwurfshügel mit der Wiesenschleppel niederegge, freue ich mich auf Heiligabend, auf die Bescherung, auf dieses Päckchen. Ich weiß, was darin ist. Ich weiß, dass es von Mudder ist, weil es mit dem gebrauchten Papier vom letzten Jahr eingepackt ist. Ich reiße es sehr gründlich auf, um zu verhindern, dass das Papier nochmals verwendet werden kann.

Und dann sehe ich es: ein Marzipanbrot ohne Schokolade drum herum, in einer durchsichtigen Verpackung, glänzend wie ein kleines Ferkel. Es sieht unglaublich lecker aus und ich bin ja pappsatt. Also will ich nur einmal daran riechen, und ich ziehe die Folie ab, an der Ecke, auf der steht: „Bitte hier öffnen.“ Es duftet so gut, und dann denke ich: Ach, nur einen Bissen. Ich beiße ab, und es ist so köstlich ... und genau wissend, dass es wieder 364 Tage, 23 Stunden und 56 Minuten dauert, bis ich wieder ein solches Marzipanbrot in Händen halte – ich kann einfach nichts dagegen tun, und ja: Ich freue mich schon sehr auf Heiligabend!

Und wenn ich dann am Morgen des ersten Weihnachtstages aufstehe, um zu melken, dann weiß ich, dass die längste Nacht hinter uns liegt. Ich weiß: Die Tage werden länger. Der Frühling wird kommen. Es wird wärmer werden. Das Gras wird wachsen. Und es wird wieder hell. Ist das nicht wunderbar?

Matthias Stührwaldt



An Weihnachten kommt das Licht zur Welt. Man muss sich nur finden lassen

unabhängige Bauernstimme: wünscht schöne Feiertage

01/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.